

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährl. 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montagen.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepostete Postzeitung  
 oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Preisverleger: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 23. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Amerika in China.

Ein Land nach dem anderen hat in den letzten Monaten Reugniß dafür abgelegt, welche hochgespannten Hoffnungen die Bourgeoisie überall an die Erschließung Chinas knüpft. Frankreich und Rußland wagen im Süden und Norden seit Jahren schon mit vollem Behagen an dem fetten Bissen herum. In Deutschland hat die Kiaotschan-Besetzung selbst das grämliche Gesicht des vorkapitalistischen Freisinn etwas aufgehellt. Neben Deutschland ist England soeben bereit, eine kolossale Anleihe oder doch die Zinsenlast dafür aufs Spiel zu setzen, um seinen Einfluß in Peking zu erweitern. Englands gepanzerte Faust ist im Augenblick zu sehr in Anspruch genommen und vielleicht auch vorläufig zu schwach zum Gebrauche; jedenfalls glauben seine goldbeladenen Diplomaten dieselben Ziele friedlicher und sicherer erreichen zu können; der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien sind sie dabei in ihrem Primatlandslande gewiß. Allgemein denkt man wohl jenseits des Kanals ähnlich wie Hazlett, der, nachdem er immer und immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit Englands auf den neuen großen Markt im Osten gelenkt hatte, kürzlich in einer der angesehensten Londoner Revuen schrieb: „China ist so viel werth wie ein ganzes Duzend von Afrika's, sowohl nach seiner natürlichen Ausstattung wie nach den Fähigkeiten seiner Bevölkerung. . . Heute steht der europäische Handel mit diesem Lande noch in seinen Kinderschuhen. Räumt man die für ihn noch bestehenden Schranken hinweg, steigert man den Wohlstand des Volkes durch die Entwicklung der Bergwerke und anderer Hilfsquellen, durch den Bau von Eisenbahnen, so muß China, das ein Viertel der gesammten Bevölkerung der Erde birgt, unbedingt einer der besten Märkte, wenn nicht der beste Markt der Welt werden.“

Die Stellung Amerika's zu den jetzt aufgerollten Fragen kommt natürlich etwas lauer und weniger einseitlich zum Ausdruck. Die Vereinigten Staaten sind noch lange kein industrielles Exportland wie England oder auch nur Deutschland, ihre gewerblich entwickeltesten Länderstriche öffnen sich noch dazu nach dem Atlantischen Ozean; die ganze Breite des amerikanischen Kontinents liegt zwischen ihnen und den amerikanischen Ozeanen, die ihr Gesicht nach Ostasien kehren. Aber wenn der Stille Ozean einst wie ein todes Meer zwischen dem äußersten Westen der Union und den östlichen Gestaden Asiens lag, heute ist er zu einer belebten Handelsstraße geworden, auf dem die Dampfer in noch nicht zwölf Tagen von San Francisco nach Yokohama fahren; nicht weniger wie sechs Dampferlinien verbinden bereits Amerika und Japan. Ein starker, stetig wachsender Strom von Personen und Waaren fließt zwischen den Küsten der beiden Erdtheile. Sollte die drohende Auftheilung Chinas die Union fernerrhin gleichgültig lassen können, weil bisher ihre Kolonialpolitik sich auf die Erschließung des eigenen ungeheueren Hinterlandes und etwa noch auf die wachsende Bevormundung und Beeinflussung der nächstliegenden Inseln und Landstriche beschränkte?

Eine Reihe von Rundgebungen aus den Vereinigten Staaten haben in letzter Zeit über die Anschauungen der weiterblickenden Kreise des kommerziellen und industriellen Yankee-Großkapitals Licht verbreitet. Die klarste Stellungnahme findet sich vielleicht in einer Abhandlung des Sekretärs bei der amerikanischen Gesandtschaft in Peking, Charles Denby (in der North American Review Januar 1898). Wir geben sie kurz wieder.

Denby ist ebenfalls der Ueberzeugung, daß bei der Erschließung Chinas auch für die Union Interessen allerersten Ranges zu wahren sind. China sei ein riesiges Absatzfeld, weil es sich auf lange Zeit nicht mit den Waaren selber versorgen könne, die Amerika zu verlaufen habe:

Für diesen Markt sind wir die nächsten Nachbarn. Die Unternehmungskraft und Klugheit, die unsere Fabrikanten gegen Südamerika anwenden, würde hier reich belohnt werden. In dem Westen Amerika's zogen die neuerbauten Eisenbahnen die Bevölkerung nach sich, sie waren die Schöpfer des Handels, der sie wiederum zum Blühen bringen sollte. Auch in China wartet das Volk, die Industrie, der Wohlstand auf die Schienenwege. Das Handelsleben, das gute Kommunikationen erzeugen müßten, wird alle heutigen Vorstellungen davon hinter sich zurücklassen. . .

Ohne Zweifel wird die Ein- und Ausfuhr Chinas enorm zunehmen. Die Schranken der Zölle werden niederbrechen, neue Märkte werden sich aufthun, die alten werden leichter zugänglich werden. Die Bevölkerung wird sich vertraut machen mit den fremden Erzeugnissen und Herstellungsweisen und wird stärker nach ihnen fragen. Vermehrte Erwerbsmöglichkeiten werden die Kaufkraft der unteren Klassen und damit den Absatz heben für das Öl, die Textilwaren, die Maschinen und für tausend andere Erzeugnisse des Auslandes, die der Chinese jetzt erst zu schätzen beginnt. . .

China ist ein Markt, den der Verfasser, offen gesagt, für den wichtigsten der Welt, und zwar gerade im Hinblick auf die amerikanische Industrie, hält.

Denby berechnet den Handel zwischen China und der Union auf etwa 40 Millionen Saituan Taeln (1896 etwa gleich 81 Crs. = 3,24 M.). Die chinesische Statistik verzeichnet allerdings nur 23 Millionen, jedoch unter Weglassung jedes vermittelnden Verkehrs über Hongkong, England und andere Zwischenplätze, wodurch die amerikanische Zufuhr von Baumwollwaren, Öl, Mehl, Maschinen, Eisen, Holz viel zu gering erscheint. Von der Eröffnung der russischen Eisenbahnen in der Mandchurei und in Sibirien erwartet Denby ebenfalls beträchtliche Ausweitung des Handels im Stillen Ozean.

Was der Gesandtschaftssekretär seinen Landsleuten empfiehlt, ist etwa das, was unsere Bourgeoisie auch vertritt; nur die Annullation irgend welchen Zipsels läßt er aus guten Gründen außer Betracht für die amerikanische Politik. Einmal wünscht er zahlreichere direktere Vertreter für die amerikanischen Firmen in China; „ein deutscher oder englischer Agent eines amerikanischen Hauses wird immer zuerst deutsche oder englische Waaren an den Mann zu bringen suchen, dann erst amerikanische“. Dann sollen die Schiffsahrtslinien vermehrt und von der Regierung stärker subventioniert werden; „die kanadische Konkurrenz muß hier fallen. . . Unser Volk darf nicht länger in die demüthigende Nothwendigkeit versetzt sein, unsere Waaren, Briefe und Telegramme dem Schutze einer fremden, vielleicht feindlichen Flagge anzuvertrauen. . . Die direkte Verbindung schafft den Handel.“ Endlich soll die amerikanische Regierung öfter China wie den europäischen Mächten die Zähne zeigen. Handelsprivilegien dürften einzelnen Nationen nicht zugestanden werden; kein künstiger Zolltarif dürfe irgendwo in China Amerika differenziell schlechter stellen. Die chinesische Regierung aber muß merken, daß die Handelsinteressen jedes amerikanischen Bürgers in Washington eifersüchtig bewacht werden. Die amtliche Unterstützung, die europäischen Kaufleuten von ihren Regierungen zu theil wird, muß unsere Regierung zu gleicher Energie für unsere Kaufleute anspornen.

Der amerikanische Diplomat setzt zum Schluß große Hoffnungen auf die Freundschaft sowohl Rußlands wie Chinas und Japans gegenüber der Union. „Rußland, das heute seine Kraft der Anschließung Sibiriens widmet, ist unser Erbfreund (constant friend). China und Japan haben keinen Aulack, anders als freundschaftlich für uns zu fühlen. Wir haben also die Thatfachen wie die Stimmungen für uns. Wir brauchen uns diese Lage nur zum Bewußtsein zu bringen und ihr entsprechend zu handeln.“ Wer seine Interessen jetzt nicht zur Geltung bringe, werde seinen Handel an die erobrerlustigen neuen Gebietsherren verlieren.

Im großen und ganzen, sieht man, hat eine solche Politik Amerika's viel Berührungspunkte mit der heute von England — gleichviel ob aus Noth oder aus Lüge — empfohlenen. Englische Blätter haben es daher auch an Umwerbungen Amerika's nicht fehlen lassen, ohne daß die amerikanische Regierung bisher aus ihrer Zurückhaltung heransgetreten wäre.

### 1848.

#### Erinnerungstage der Revolution.

23. Februar.

Die Truppen hatten die Nacht vom 22. zum 23. theils in den Kasernen, zum größeren Theil aber trotz Wind und Wetter im Freien zugebracht. Von den Thoren rückten Kürassiere und andere Regimenter der benachbarten Garnisonen ein, an verschiedenen Punkten waren Geschütze aufgeschoben. Die Läden wurden geschlossen gehalten. Die Straßen begannen sich schon am frühen Morgen wieder mit drohenden Volksmassen zu füllen. Ueberall waren mittlerweile Barricaden empor gewachsen. Kurz nach 8 Uhr ertönten bereits wieder Schüsse. Der Kampf entwickelte sich an verschiedenen Stellen der Stadt, und schon bedeckten mehrmals Todte und Verwundete das Pflaster. Das Volk schlug sich tapfer. Die Truppen dagegen zeigten keine Kampfeslust. Sie waren während der Nacht, von der Regierung ohne Verpflegung gelassen, auf die Hilfe der Bürgerschaft angewiesen gewesen und schonten das Volk. Noch einmal machte die Regierung den Versuch, die Nationalgarde anzurufen. Aber soweit diese Bürgerwehr überhaupt zusammengebracht werden konnte, schlug sie sich auf die Seite der kämpfenden Bürger und stimmte in den Ruf ein: „Es lebe die Reform!“ Eine Legion der Bürgerwehr brachte eine Petition in die Kammer, in der sie sich weigerte, die Verteidigerin eines korrupten Ministeriums zu sein.

Dies Verhalten der Nationalgarde war entscheidend auf die Entschlüsse des Königs. Er sah nur, daß etwas geschehen müsse, um die Bürgerwehr auf seine Seite zu ziehen. Deutlich genug drangen aus allen Straßen die Rufe „Nieder mit Guizot!“ und „Hoch die Reform!“ in seine Gemächer. Die Stellung des Ministeriums war unhaltbar geworden.

In der Kammer stand wieder, unter Nichtachtung des von außen herein schallenden Gewehrgeräusches, die Angelegenheit der Bank von Bordeaux auf der Tagesordnung. Auf eine Interpellation hin erhob sich Guizot und erklärte: „Der König hat in diesem Augenblick Herrn Grafen Molé rufen lassen, um ihn mit der Bildung eines Kabinetts zu betrauen“. Geländes Freuden- und Triumphgeschrei schallte ihm entgegen. Dem Grafen Molé, übrigens keineswegs reformistisch, sondern reaktionär gesinnt, war mittlerweile ein kleines Walpurgis passiert. Als er sich zum König begeben wollte, war sein Wagen ohne weitere Förmlichkeiten zum Barricadenbau requirirt worden, und mit erheblicher Verspätung langte er in den Tuilleries an.

Die Nachricht von dem Sturz Guizot's erregte bei dem reformatorisch gesinnten Bürgertum große Freude. Dem Bürgertum hatte es sich von vornherein um nichts weiter gehandelt, als um die Durchdringung einiger Wahlforderungen. Zum großen Theil waren ihm die energischen Volksbewegungen direkt unheimlich und gingen ihm viel zu weit. Jedenfalls war der Sturz des Kabinetts Guizot schon mehr, als es zu erreichen gehofft hatte. Abends war die Stadt aus Freude über diese unerhoffte Errungenschaft illuminiert.

Die eigentlich republikanischen und revolutionären Elemente aber, besonders die Arbeiter, waren keineswegs befriedigt. Was bedeutete ihnen die Ernennung eines Grafen Molé? Sie hatten keinen Grund, sich an den Freudenfeiern des Bürgertums zu beteiligen und blieben daher unter den Waffen. Immerhin ließ bei der jetzigen friedlichen Haltung des Bürgertums die Kampf Stimmung nach. Da führte ein Zufall die Explosion der Volkswuth herbei, die den Jaktiron zersprengen sollte.

Auf der Place Royal stand abends eine Abtheilung Bürgerwehr unthätig umher. Um irgend etwas zu thun, beschloß man, nach der Bastille zu ziehen. Von dort wandte man sich weiter nach anderen Richtungen. Immer mehr schwoh der Zug an. Die auf der Straße stehenden Truppen machten dem friedlichen Zuge, aus dem nur der Ruf „Nieder mit Guizot!“ erscholl, überall Platz. So kam man auf dem Boulevard des Capucines an. Vor dem Palais Guizot's standen zum Schutze desselben mehrere Abtheilungen verschiedener Linienregimenter. Unerwartet merkten die Vorposten des unabsehbaren Menschenstroms, daß die Soldaten nicht gewillt waren, freie Bahn zu geben. Sie versuchten stehen zu bleiben; aber unabweislich drängten die nachrückenden Massen immer dichter an die Reihen des Militärs heran. Der Kommandeur ließ die Bajonnette fallen. Die Dunkelheit vermehrte den Wirrwarr. Plötzlich trachte auf dem linken Flügel ein Schuß — es ist niemals festgestellt worden, ob aus Kommando und auf weissen Kommando. — Ein zweiter Schuß folgte, eine ganze Salve schlug in die dicht gedrängte Menschenmasse hinein. Volksmassen und Soldaten fielen von jähem Schrecken ergriffen auf einander. In ihrem Blute schwimmend lagen 82 Menschen auf dem Boden.

Wilde Rufe: „Man ermordet uns! Rache! Zu den Waffen!“ schallten durch die Luft. Die Todten wurden auf einen Wagen geladen und die halbe Nacht in Paris herumgeführt, überall die Wuth des Volkes zur Masere entflammend. Durch die ganze Stadt heulten die Sturmglöden. Ueberall hieß es: „Auf die Barricaden!“ Die Männer rissen das Pflaster auf zum Barricadenbau; die Weiber und Kinder gossen aus dem Blei der heruntergerissenen Dach- und Fensterbelleidungen Kugeln. Schon verländelten Schiffe aus manchen Gegenden der Stadt den abermaligen Beginn der Straßenschlacht. Die ganze Nacht war das heißblütige Volk von Paris in fieberhafter Thätigkeit, um sich auf den kommenden Entschheidungstag, der die Katastrophe bringen sollte, vorzubereiten.

### Politische Ueberblick.

Berlin, 22. Februar.

Das preussische Abgeordnetenhause hat heute die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beendet. Zu einer längeren Debatte gaben nur noch das Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend“ und „Landgendarmarie“ Veranlassung. Bei dem erstgenannten Kapitel betonte Abg. Brömel (fr. P.) unter Hinweis darauf, daß in den letzten Jahren von 32 Mordthaten in Berlin und Umgegend 16 ungeklärt geblieben sind, die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Kriminalpolizei. Der Minister Frhr. v. d. R. Recke setzte sich über die von dem Vorredner angeführte Thatfache leicht hinweg, indem er sich einen Jertum des Abg. Brömel zu Ruhe machte und nachwies, daß „nur“ 11 Mordthaten keine Sühne gefunden hätten. Da aber die Mordthaten, deren Thäter nicht entdeckt sind, sich außerhalb des Reichsbildes der Stadt Berlin zugetragen haben, so soll die Frage der Eingemeindung der Vororte in besonders sorgfältige Erwägung gezogen werden. Abg. Weisheit scheint es also mit der geplanten Reorganisation nicht her zu sein. Außerdem ist den Berliner Schöpfern, wie ein Regierungs-Kommissar betonte, schon jetzt das Recht eingeräumt, in Ausnahmefällen auch über die Reichsbildgrenze Berlins zu gehen und dort ihres Amtes zu walten.

Beim Kapitel „Landgendarmarie“ gelangte nach längerer Debatte einstimmig ein Antrag zur Annahme, worin die Regierung ersucht wird, eine Besserung der Bezüge der Landgendarmen sowie der Schutzmänner in Berlin und den Provinzen vom nächsten Jahre ab herbeizuführen; ebenso wurde ein Antrag auf anderweitige Regelung der Gehälter der Brigadiere einstimmig angenommen. Man sieht also, daß die Polizei für ihre so stark kritisirte Haltung Belobigung in baarem Gelde erhalten soll.

Die übrigen Etatartikel riefen keine Diskussion hervor; selbst die 200 000 M. für geheime Ausgaben der Polizei, die die Linke im vorigen Jahre angefaßt des Tausch-Prozesses nicht genehmigen wollte, wurden debattelos bewilligt, wieder ein neuer Beweis dafür, wie wenig Verlaß auf die jetzige Opposition im preussischen Abgeordnetenhause ist.

Morgen: Initiativanträge und Gesetzentwurf betr. Ausdehnung des Auerbenedict's auf Westfalen.

Die Flottenvorlage wird am Donnerstag auf der Tagesordnung der Budgetkommission stehen. Dort wird sich zeigen, ob etwa in den Auffassungen der Parteien und der Regierung seit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs Änderungen eingetreten sind.

Man spricht davon, daß zwischen dem Zentrum und der Regierung in der Zwischenzeit eine Verständigung versucht worden sei. Doch soll nichts dabei herangekommen sein. Das Zentrum habe, so verlautet, der Regierung seine Zustimmung zu den Flottenforderungen des nächsten Etats versprochen und für die späteren Jahre in ziemlich sichere Aussicht gestellt, dafür aber von ihr das Falllassen des Septennats verlangt. Die Regierung soll darauf nicht eingegangen sein.

Man kann dieser Mittheilung kaum Glauben schenken. Denn das wäre ein so außerordentliches Entgegenkommen

des Zentrums gegenüber der Regierung, wie es nach den Erklärungen des Herrn Dr. Lieber bei der ersten Lesung ganz unmöglich erscheint. Herr Dr. Lieber verspricht, daß die Forderungen der Regierung aus sorgfältigste in ihren Einzelheiten geprüft werden sollten; er verlangte Sicherheit, daß erwachsende Mehrkosten nicht durch neue indirekte Steuern gedeckt werden dürften; er forderte eine feste Bindung auch der Regierung als Entgelt für die Bindung des Staatsrechtes des Reichstags.

Das war wenig genug. Und nun sollte das Zentrum auch dies Wenige schon preisgegeben haben? Das wäre freilich eine Kapitulation vor dem Willen und den Längen der Regierung, wie sie feiger kaum gedacht werden kann.

Man möchte fast sagen, daß die richtige Antwort auf ein solches Verhalten ein um so rücksichtsloseres Beharren der Regierung auf dem vollen Maß ihrer Forderungen sein würde. Wenn die ausschlaggebende Partei des Reichstags so leicht zu fixen ist, warum sollte die Regierung sich nicht auf die Hinterbeine setzen, in der Ueberzeugung, das Zentrum werde auch noch viel weiter nachgeben?

Nun, die künftigen Verhandlungen der Budget-Kommission werden ja zeigen, ob das Zentrum bereit ist, die elementarsten Rechte des deutschen Volkes zu verschächern oder ob es vor den Drohungen der Regierung mit einer Auflösung des Parlamentes Stand hält.

Mag die Regierung eine Auflösung riskieren. 1893 war die Situation der Regierung und der militär-bewilligungslustigen Parteien weit günstiger als jetzt und doch erklärte sich eine gewaltige Mehrheit der Wähler gegen den Militarismus und die immer schwerere Belastung des arbeitenden Volkes. Nur wenige verrätherische Stimmen gaben im Reichstage den Ausschlag für die Caprivi'sche Militärvorlage.

Jetzt ist die Sachlage für die Gegner einer ungezügelter, volksfeindlichen Kriegsrüstungs-Politik noch weit günstiger als damals. Die Regierung würde keinen „besseren“ Reichstag bekommen als der jetzige ist. Mag Fürst Hohenlohe nur die tote Mappe bringen! —

**Wer bringt den Parlamentarismus herunter?** Diese Frage wird von Zeit zu Zeit von frei- und deutschkonservativen Blättern erörtert. Immer sind es die bösen Demokraten, darunter alles, was links von Herrn v. Benningsen sitzt, verstanden wird. Der würdigste Vertreter des Ernstes und der Reinheit des Parlamentarismus ist Freiherr v. Stumm. Er würde sich erst in dem Raufen vor dem Brandenburger Thor wohl fühlen, wenn nur ganz geheime, für das Reich liefernde Kommerzienräthe und aktive ehemalige Landräthe wie sein würdiger Freund v. Kardorff in ihm säßen. Gestern nannte der überaus würdige Herr v. Kardorff, wahrscheinlich zur Hebung des parlamentarischen Tones, es eine „jüdische Frechheit“, daß unser Genosse Singer die allgemein bekannte Thatsache erwähnte, daß Herr v. Kardorff seine blutige Gründertätigkeit damit entschuldigte, daß er nur so ohne Präzedenzfall parlamentarisch thätig sein könne. Und als der Spezialkollege des Freiherrn v. Stumm von Singer daran erinnert wurde, daß Herr v. Kardorff an einer der verurtheilten Gründungen, der der Lauerhütte, beteiligt sei, bestritt er dies mit eiserner Stirn.

Heute meldet uns eine Privatbesprechung aus Breslau: Die „Breslauer Zeitung“ weist aus dem Prospekt vom 24. Juni 1871 nach, daß Wilhelm v. Kardorff Mitglied des ersten Ausschichtsrathes der Lauerhütte, also deren Gründer war.

Wer bringt also den Parlamentarismus herunter? Herr v. Kardorff sicherlich. Denn ein Mann, der das Parlament frech belügt, ist nicht werth der Achtung der Bürger.

Herr v. Kardorff kann sich bloß damit entschuldigen, daß er seine Finger in so vielen Gründungen hatte, daß er sich nicht mehr an jedes einzelne schmutzige Geschäft erinnern kann. —

**Die internationale Jüder-Konferenz.** Aus Brüssel wird telegraphirt: Nach Mittheilungen von unterrichteter Seite sind die Redungen unbegründet, daß die Brüsseler Konferenz zur Abschaffung der Zuckergrenzen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben sei. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten dauern vielmehr fort; natürlicherweise ist aber eine gewisse Zeit erforderlich, um dieselben zum Abschluß zu bringen. —

**Der Niger-Streit.** In Paris erklärt man weiter, es sei gar kein Grund zur Aufregung. In London fährt man fort, sich zu entrichten. Die „Agence Havas“ erklärt es überhaupt als unrichtig, daß französische Streitkräfte auf dem linken Nigerrufer in das Gebiet von Sokota vorgebrungen seien. Chamberlain wiederum nimmt diesen Vormarsch der Franzosen als Thatsache an und erklärte am Montag im Unterhaus, er könne nicht glauben, daß während der zur Zeit schwebenden Unterhandlungen die französische Regierung die Ermächtigung zur Invasion dieses Gebietes gegeben habe, auf welches Englands Rechte durch die Konvention zwischen England und Frankreich anerkannt seien. Wie die „Times“ mittheilen, verlangt die britische Regierung von der französischen die amtliche Versicherung, daß keine französischen Offiziere oder Truppen ermächtigt gewesen seien, nach dem Ostufer des Niger an irgend einem Punkte unterhalb Sag und der Varnvalinie vorzubringen und daß, wenn sie dies eigenmächtig gewagt, ihre Aktion unverzüglich nachdrücklich gemißbilligt, ihre sofortige Abberufung und Bestrafung veranlaßt werden würde.

**Die chinesische Anleihe** ist nun wirklich zu Stande gekommen. Die Anleihe beträgt 16 Millionen Pfund Sterling und soll zur Zahlung der Kriegsschuld an Japan dienen. Die chinesischen Konzessionen, über welche wir gestern Mittheilung machten, sind der Dank an England für die Unterbringung der Anleihe. Aber neben England, das hinter der Hongkong-Shanghai Bank steht, ist auch Deutschland beteiligt. Denn es ist anzunehmen, daß die „Deutsche Asiatische Bank“, welche gemeinschaftlich mit jener englischen Gesellschaft die Anleihe übernommen hat, sich der Förderung der deutschen Regierung erstreckt.

Wir haben diese Entwicklung der Dinge von vornherein gewünscht. Denn sie ist uns angenehmer, als wenn auch in dieser Frage der russische Einfluß in China die Oberhand behalten hätte.

Man kann einigermassen neugierig sein, ob die deutschen Kapitalisten sich stark an der Anleihe beteiligen werden. Man wird dabei erkennen können, wie großes Vertrauen die deutschen Kapitalisten in die Entwicklung der chinesischen Verhältnisse setzen. Es wird sich zeigen, ob die Kreise, welche für die Chinapolitik so eifrig schwärmen, auch bereit sind, etwas von ihrem blanken Gold dabei zu riskieren! —

### Deutsches Reich.

— Von dem Rücktritte des Ministers v. d. Rade spricht die „Schles. Zig.“. Man fürchtet auf konservativer Seite, er würde die Wahlen nicht energisch genug „machen“. Man nehme

einen der pommerischen Puttkamer, auf die können sich die Junker verlassen.

Herr v. d. Rade zu liberal, etwas charakteristischeres für die heutigen Zustände im Deutschen Reich kann man sich nicht ausdenken.

Vorläufig glauben wir übrigens nicht, daß Herr v. d. Rade so bald gehen wird. —

Der angeländigte Postreform-Entwurf ist nunmehr im Reichstage eingetroffen und entspricht ganz den bereits gemachten Andeutungen.

Der einfache Brief soll 20, nicht mehr bloß 15 Gramm wiegen dürfen. Man folgt darin Oesterreich, das bereits seit dem 1. Januar 1883 die Gewichtsgrenze in ganz derselben Weise ausgedehnt hat. Ja, man macht doch eigentlich nur einen Rückschritt wieder gut, zu dem man sich 1871 verleiten ließ. Damals galt das alte Postgesetz, gleich 16 2/3 Gramm, als Gewichtsgrenze. Statt nach oben, ründete man damals nach unten ab, obwohl diese Einschränkung vom Publikum von allem Anfang an als eine Erschwerung des gewohnten Briefverkehrs empfunden wurde. Da bisher jährlich etwa 25 Millionen Briefe zwischen 15 und 20 Gramm im Inlandsverkehr besördert wurden, so ist der zu erwartende Ausfall an höchstens 2 1/2 Millionen Mark für die Postkasse zu rechnen — nicht, wie man früher annahm, auf 4 bis 5 Millionen.

Die Orts- oder Land-Bestellbriefe — beträgt bekanntlich, mit Ausnahme von Berlin und seinen Vororten, nur 5 Pfennige. Das soll nunmehr auf Anordnung des Reichslanzlers auch für Nachbarorte gelten, die in ihrem Verkehr auf einander angewiesen sind, also insbesondere für die Großstädte und ihre Vororte. Den hierdurch entstehenden Einnahme-Ausfall schätzt man auf höchstens 1/4 Million Mark im Jahre; steigert sich, wie anzunehmen ist, der Briefverkehr zwischen diesen in reger Geschäft- und Personenverbindung stehenden Nachbarorten, so verringert sich die Summe natürlich wesentlich.

Berlin war bisher von der 5 Pfennig-Ortsliste ausgenommen. Auch das soll aufhören, selbstverständlich nunmehr auch für den Nachbarortsverkehr mit den Vororten. Das würde höchstens 1/4 Millionen Ausfall verursachen.

Die geforderte Gegenleistung wird noch heftige Kämpfe entfesseln: im eigentlichen Ortsverkehr sollen Privatpostanstalten geschlossene Briefe nicht mehr besördern dürfen. Das Postregal, der Postzwang erstreckte sich bisher nur auf die Beförderung aller verschlossenen, zugewählten oder sonst verschlossenen Briefe gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach anderen Orten mit einer Postanstalt, also nicht auf die Stadt- und Ortsbriefe. Die Begründung weist auf die gleiche gesetzliche Regelung in Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland, Schweden, Belgien, Dänemark, in den Niederlanden und der Schweiz hin. Das mag richtig sein, aber gerade in Berlin trägt die Reichs-Postverwaltung durch ihre Verschleppung der Tarifreform ganz allein die Schuld, daß sich seit langen Jahren das Privatpostwesen so stark entwickelt und selbstgewürgelt hat. Für die eigene Schuld an dem haben zu lassen, ist zwar sehr bequem, aber wenig rücksichtsvoll. Für das Kapital, das in den Privatpostanstalten steckt, brauchen wir uns natürlich nicht zu verwenden; das findet schon gute Freunde genug in anderen Parteien. Aber es handelt sich auch um hunderte von Arbeitern, die von den Privatpostanstalten abgestoßen werden, je nachdem ihr Verkehr sich einschränkt, und die die Reichspost nicht heranziehen wird, wenn ihr Verkehr sich entsprechend erweitert. Hier können die Arbeiter mit vollem Rechte verlangen, daß ihre Interessen und Schädigungen Gehör und Berücksichtigung finden.

Im Entwurf selber ist über etwaige Entschädigungen noch mit keinem Worte die Rede. —

Die Nationalliberalen wollen am nächsten Sonntag nun auch einen Parteitag für Thüringen, und zwar in Weimar abhalten. Das wird besonders interessant werden, denn die Herren Baasche und Boffermann werden da Neben halten. Herr Baasche steht auf dem agrarischen, Herr Boffermann auf dem anti-agrarischen Flügel der offiziell noch immer bestehenden nationalliberalen Partei. —

Auf dem nationalliberalen Parteitag, der am Sonntag in Magdeburg stattgefunden, hat der Abgeordnete v. Synern, wie wir mittheilten, die „National-Zeitung“ angegriffen, und die „National-Zeitung“ hat darauf in scharfer Weise erwidert. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses bedauert nunmehr, daß die Erwiderung der „National-Zeitung“ in nicht zu billiger Form auf das persönliche Gebiet übergriffen und die Grenzen nicht innegehalten, die bei dem Austrag auch politischer Gegensätze beachtet werden müssen.

Man sieht, die Herren Nationalliberalen haben nur noch das eine Hoffen, daß in der „Form“ die Einigkeit der Partei zum Ausdruck komme. Sachlich kliegt die Partei nach allen Richtungen auseinander und die Herren erkennen, daß sie daran nichts ändern können. —

Recht unangenehm muß den Agrariern das folgende Urtheil des als Abtheilungs-Direktor in das Ministerium des Inneren berufenen Regierungspräsidenten v. Bitter (Oppeln) in die Ohren klingen. Er äußerte:

Nicht nur die Industrie Oberschlesiens, sondern auch seine Landwirtschaft seien sehr erheblich vorwärts gekommen. Vor jetzt achtzehn Jahren habe er die Gründe des ober-schlesischen Rothbandes zu erforschen gehabt, und zu diesem Zweck sei er in den Kreisen Pleß, Gleiwitz, Oppeln und Lublitz von Dorf zu Dorf gezogen. Wegen die durchaus nicht befriedigenden Zustände von damals bedente der heutige Zustand einen ungeheuren Fortschritt. Groß- wie Kleinbesitzer thäten ihre Pflicht und die Folge sei, daß sie beide vorwärts kämen und heute fast auf der gleichen Stufe ständen wie die Besitzer in Mittel- und Niederschlesien. —

Ueber die Entwicklung des deutschen Lebensversicherungswesens sind vor einiger Zeit wieder umfassende Feststellungen gemacht worden. Nach der betreffenden Statistik sind zu Anfang des verfloffenen Jahres bei den in betracht gezogenen 48 Versicherungsgesellschaften 1 118 971 Personen mit 4 829 878 865 M. versichert gewesen. Dazu kamen im Laufe des Berichtsjahres wieder 108 194 Personen mit 479 800 219 M., so daß also am Schlusse des Jahres im ganzen versichert waren 1 227 165 Personen mit 5 808 674 084 M. In diesem Jahre wurden infolge des Ablebens von 17 884 Versicherten an die Hinterbliebenen derselben 88 582 595 M. ausbezahlt. Außerdem sind infolge Zahlbarwerdens des Versicherungskapitals an 1944 Personen 11 292 288 M. ausbezahlt worden. Das Gesamtvermögen der deutschen Lebensversicherung-Anstalten betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1 829 644 171 M., während sich der Verwaltungsaufwand in dem in Rede stehenden Jahre auf 28 776 859 M. belief. Wie im Reichstage vom Bundesrathstische mitgetheilt wurde, ist ein das öffentliche Versicherungsrecht regelndes Reichsgesetz nunmehr so weit vorbereitet, daß die Vorlage voraussichtlich in der nächsten Session an den Reichstag gelangen wird, und daß auch das Versicherungs-Vertragsrecht, dessen gesetzliche Festlegung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch einem besonderen Gesetze vorbehalten ist, seiner Regelung entgegensteht. —

Aus dem sächsischen Landtage. Man schreibt uns aus Dresden: Mit der Abänderung des § 24 des Vereins- und Versammlungsgesetzes schreit man sich viel Zeit zu nehmen, denn noch immer hat die betreffende Kommission keine einzige Sitzung abgehalten. Wahrscheinlich hebt man sich die Materie zu einem effektvollen Schluß des Landtages für Ende April auf, nachdem man alle anderen wichtigen Gegenstände unter Dach und Fach gebracht hat. Nachdem neulich in Vopern etliche Verbesserungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes vorgenommen worden sind, scheint man sich zu bedenken, im Hauptlande der Sozialdemokratie zu einem entgegengekehrten Schlage auszuholen. Andererseits: Wollte die Regierung wirklich auf ihrem Willen mit

der glatten Aufhebung des § 24 des erwähnten Gesetzes allein bestehen bleiben, so hätte sie der Kammermehrheit dies erklären müssen und diese hätte sich — dafür glauben wir sie zu kennen — beschieden. Wiedert es doch selbst konservative Abgeordnete, welche jetzt die Wahlrechtsverschlechterung bedauern, weil diese die Gegensätze in Gemeinde und Staat nur verschärft habe. Sind auch die Konservativen einig in ihrer Meinung, daß die Frauen wie die Unmündigen nicht in Versammlungen und politische Vereine gehören, so sind sie doch nicht einmüthig darin, daß nun gerade jetzt, vor den Reichstagswahlen eine so wichtige Maßregel wie die Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsgesetzes erfolgen müsse, welche nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie treibe.

Ueber die Vermögenssteuer ist man sich in den Fraktionen noch immer nicht einig geworden, es scheint indessen diejenige Richtung abzulegen, welche für eine progressive Erhöhung der Einkommensteuer ist, da man die Vermögenssteuer für zu bedenklich für die reichen Leute erachtet. Die wesentlichste Opposition gegen die von der Regierung geforderte Steuerreform wird in der I. Kammer erhoben. Sollte daher auch die Regierung in der II. Kammer mit ihrem Steuerreform-Plane obliegen, so dürfte derselbe an dem Widerstande der I. Kammer scheitern. Die Sozialdemokraten neigen einer entsprechend starken Besteuerung der hohen Einkommen selbstverständlich in erster Linie zu; beliebt man dieses Verfahren nicht, so wollen sie für die Vermögenssteuer als Ergänzungsteuer zur Einkommensteuer eintreten.

Der Schluß des sächsischen Landtages ist zwar durch Dekret für den 27. April verfügt worden, also unmittelbar im Anschluß an die Jubiläumfeierlichkeiten des Königs, es liegt aber noch eine solche Menge Arbeit vor, daß man zweifelt, bis Ende April damit fertig zu werden. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Strafkammer des Landgerichts Waldenburg den Schlepper Prieloh aus Neu-Salzbrenn zu drei Monaten Gefängnis; der Staatsanwalt hatte das doppelte Strafmaß beantragt, obwohl durch die Verhandlung erwiesen wurde, daß der Angeklagte bei Begehung der angeblichen Straftat stark betrunken war. —

Der Badergeselle Melms aus Greifswald hat am 30. Januar in Lübeck in der Breitenstraße in trunkenem Zustande groben Unfug verübt und bei seiner Verhaftung den Kaiser beleidigt. Er wurde deswegen von der Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Wochen Haft verurtheilt. —

### Oesterreich.

Ein Vertrauensvotum der Slachta für den Baden. Der galizische Landtag wählte eine Deputation, welche unter Führung des Landmarschalls dem Kaiser zu seinem Regierungsjubiläum die Guldigung des Landtages darbringen soll, und beschloß auf Antrag Jaworski's einstimmig unter allgemeinem Beifall, den ehemaligen Statthalter von Galizien und Ministerpräsidenten Grafen Badeni zu ersuchen, sich der Deputation beizugesellen. —

Leibach, 22. Februar. Der Landespräsident hat die Maßregeln zum Schutze der Deutschen verhängt, da die Ausschreitungen der Stovenen sich nicht mehr gegen die Studenten allein, sondern gegen die Deutschen überhaupt richten. Die heute am Faschings-Dienstag sonst üblichen Maskeraden und Straßenaufzüge sind verboten worden, um gefährliche Zusammenstöße zu vermeiden. —

### Ungarn.

Budapest, 22. Februar. Die Polizei nahm in den letzten Tagen umfangreiche Hausdurchsuchungen bei den Vorständen von 88 Arbeiter-Genossenschaften vor, ohne das behaftende in Tage gefördert wurde. Im Verein der Buchdrucker beschlagnahmte man 2000 Gulden, ungenügend des Nachweises, daß diese Summe nicht zu Agitations-, sondern zu Unterstützungszwecken der Mitglieder bestimmt war. —

### Frankreich.

Paris, 22. Februar. Der Ministerrath hat beschlossen, sich am Donnerstag zur Beratung der verschiedenen auf den Prozeß Zola oder die damit zusammenhängenden Angelegenheiten bezüglichen Interpellationen der Kammer zur Verfügung zu stellen. Die Regierung wird insbesondere der Beratung der Interpellation Hubbard zustimmen betreffend die Erklärungen des Generalfeldmarschalls Voisard vor dem Schwurgerichtshofe.

Die „Anvère“ erzählt, die Geschworenen hätten gestern anonyme Briefe erhalten, worin einem jeden von ihnen für den Fall, daß sie Zola freisprechen würden, 10 000 Francs versprochen werden. Das Blatt erklärt dies für ein Mandat des Vertheidigers Esterhazy's und des Generalfeldmarschalls, um die Geschworenen glauben zu machen, daß ein sogenanntes Subditat sie bestochen wolle.

### England.

London, 21. Februar. Unterhaus. Der Chefsekretär für Irland, Gerald Balfour, beantragt die erste Lesung der irischen Lokalverwaltungs-Bill, die mit wenigen Änderungen für Irland die gleiche Lokalverwaltung wie in England und Schottland gewährt. Es werden Grafschaftsräthe, städtische und ländliche Distrikträthe und Armenpflegerathes gebildet. Das Wahlrecht für alle diese Räte ist das parlamentarische, jedoch mit dem Unterschied, daß auch die Paare und die Frauen stimmberechtigt sind. Es wird ferner vorgeschlagen, Irland aus dem Reichsschatz zur Erleichterung der landwirtschaftlichen Ausgaben 730 000 Pfd. Sterling zu gewähren. John Morley, Dillon, John Redmond, Saunderson und Healy kritisiren die Vorlage in günstigem Sinne, worauf der Gesetzentwurf in erster Lesung angenommen wird.

### Rumänien.

Bukarest, 21. Februar. Der Finanzminister legte der Kammer das Budget pro 1896/97 vor, welches in Einnahmen und Ausgaben mit 222 Millionen Francs gegenüber 215 Millionen Francs im Vorjahre balancirt. Der Minister brachte auch einen Gesetzentwurf betreffend Konversion von Staatsschulden im Betrage von 448 634 000 Frk. ein. —

### Afrika.

Türken und Franzosen in Tripolis. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Pforte ließ dem französischen Botschafter erklären, daß der Sultan die Ansprüche Frankreichs auf den Grenzbezirk Samabi in Tripolis nicht anerkenne. Das französische Militärkommando in Tunis wußte daher die Pforte, welche bereits an verschiedenen Punkten dieses Bezirkes Aufstellungen genommen, baldighin zurückzuziehen. —

Sausibar, 22. Februar. Die indonesischen Truppen, welche revoltirt hatten, haben, von Uganda kommend, den Nil überschritten. Sie hatten am 9. Januar Fort Pubwas geräumt und wurden von einer englischen Streitmacht verfolgt, welche sie verhindern wollte, den Fluß zu überschreiten. —

### Amerika.

Ueber die Ursachen des Unterganges des Kriegsschiffes „Maine“ herrscht noch nicht volle Klarheit. Der „New York Herald“, der sich freilich nie durch Zuverlässigkeit auszeichnet hat, gibt in einer Meldung aus New York das Gerücht wieder, die Taucher hätten den Raum des „Maine“, in welchem die Explosion stattgefunden haben sollte, unverändert gefunden.

Das amerikanische Untersuchungsgericht in Havana zur Feststellung der Ursachen des „Maine“-Unfalles ist gestern früh zusammengetreten und hat heute Nachmittag das Brack in Augenschein genommen. Heute fanden die Taucher einen kupfernen Zylinder, wie solche zur Perforation der Geschosse der Taucher verwendet werden. Die Tauffasche, daß dieser explodirt war, scheint zu beweisen, daß die Explosion im Munitionslager erfolgt ist.

Ministerpräsident Sagasta äußerte gegenüber Madridern Journalisten, daß nach den von Havana eingetroffenen amtlichen Berichten durch die spanischen Taucher, die das Brack des „Maine“ untersuchten, bewiesen wurde, daß die den Untergang des Schiffes herbeiführende Explosion durch Zufall entstanden ist. —

47. Sitzung, Dienstag, 22. Februar 1898, 2 1/2 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten v. Gopler, Frhr. v. Thielmann. Eingegangen ist die angelegentlichste Novelle zum Postgesetz. Die Beratung des Militär-Etat's wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Militär-Justizverwaltung“ fragt

Abg. Annerz (Soz.) an, in welcher Höhe die Militärpersonen bestraft worden sind, die die Militärgefangenen in Dresden an Sonntagen haben arbeiten lassen, und wer die Bestraften sind. Ich wünsche seiner Weisheit, ob die Schuldigen auf gerichtlichem Wege zur Rechenschaft gezogen worden sind. Welche Strafen werden es nicht verziehen, wenn auf diese Fragen die Antwort ausbliebe. Man würde sagen: keine Antwort ist auch eine Antwort, und das Schweigen so deuten, daß man mit der Mittheilung nicht herauszukommen mag, weil die Strafen zu geringfügig sind. Eine weitere Frage betrifft das Schicksal des Soldaten Bachmann 1 aus Annaberg. Ich kann nicht erwarten, daß dem Vertreter der sächsischen Militärbehörde hier der Fall im einzelnen bekannt ist, ich will nur die Aufmerksamkeit der sächsischen Militärbehörde auf diesen Fall lenken. Der Soldat Bachmann 1 war zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt. In den ersten drei Monaten seiner Strafe wurde er in weitere neun Prozesse wegen Insubordination und Verleumdungen verwickelt. Sein schlimmstes Vergehen war der Diebstahl einer Flasche Wein aus dem Lazarethkeller, womit er sich übrigens in sehr guter Gesellschaft befindet aus der Zeit von 1870/71. Es präferirt nun auf den Mann eine Reihe der härtesten Strafen herab, sogenannte Zulagen, die alle in die ersten drei Monate seiner Strafszeit fielen. Er wurde in diesem Zeitraum verurtheilt: 1. zu einem Jahr 8 Monaten Gefängnis. 2. Zweimal zu 2 Jahren Gefängnis. 3. Zu 3 Jahren Gefängnis. 4. und 5. Jeweils zu 5 Jahren Gefängnis. 6. und 7. Zu 6 Monaten und 1 Woche und 2 Monaten und 3 Wochen. Die 9 Zulagen betragen zusammen 19 Jahr 1 Monat. Anfallend ist nun zunächst, daß der Mann Neujahr 1897 plötzlich begnadigt worden ist. Weßhalb? Um die Ungeheuerlichkeit des Verhältnisses zu deutlichen, muß man wissen, was alles einer erneuten Verurtheilung vorausgehen hat. Da muß zunächst die neue Strafsatze dem Gefängnisvollstand gemeldet werden, dann muß der Thatsbericht an den Gerichtsherrn erfolgen, dann muß eine gerichtliche Verfügung ergehen, ob die Untersuchung zu eröffnen ist, dann müssen die Befragten zum Untersuchungsgericht ernannt werden, dann muß die Zeugeneinvernehmung erfolgen, dann das Schlussverhör des Angeklagten, dann der Vortrag des Advokaten beim Gerichtsherrn über die Spruchreise des Urtheils, dann die Erklärung der Spruchreise des Urtheils durch den Gerichtsherrn, dann die Kommandirung des aus fünf Richterklaffen zusammengesetzten Gerichts, das aus 11 Personen besteht, u. s. w. . . .

Präsident v. Duol ersucht den Redner, nicht solche Einzelheiten zu schildern.

Abg. Annerz: Ich wollte nur zeigen, daß es unmöglich ist, diese große Masse von Dingen neunmal in drei Monaten abzuhandeln. Hier müssen mehrere ungeheure Handlungen vorgekommen sein. Nicht ein einziges Mal ist auf eine Gesamtsitzung erkannt worden. Vielleicht glaubte man die Ueberbürdung durch die Begnadigung wieder gut zu machen. Am besten aber ist Recht und keine Gnade!

Sächs. Bundesratsbevollmächtigter Graf Bismarck v. Eckardt: Der Fall Bachmann ist ordnungsmäßig untersucht und bestraft. Eine höhere Instanz des Reichstages über abgeurtheilte Sachen kann ich nicht anerkennen. Was den Fall mit der Sonntagsarbeit im Militärgefängnis anlangt, so habe ich schon gestern gesagt: die Sache ist durch drei gerichtliche Untersuchungen und Entscheidungen abgeurtheilt und erledigt. Darüber, wer bestraft ist und in welcher Höhe, verweigere ich die Antwort.

Abg. Annerz (Soz.): Keine Antwort ist auch eine Antwort. Das Volk wird wissen, was es zu denken hat. Ich habe gar nicht gesagt, daß der Reichstag die höhere Instanz im Rechtsverfahren sein solle. Wir stehen aber vor der Reform des Militärstrafverfahrens, und da war es nöthig, die Fälle zur Charakterisirung unserer augenblicklichen Militärjustiz anzuführen.

Das Kapitel wird hierauf bewilligt. Beim Titel 24 (Militärärzte) kommt

Abg. Kopsch (fr. Sp.) auf die Aeußerung Bebel's zurück, daß die Soldaten bei der Einstellung nur auf die körperliche und nicht auf die geistige Verfassung untersucht werden. Ich mache dem antretenden Militärärzten durchaus keinen Vorwurf, bemerke aber, daß auf die einzelnen Ärzte eine bedeutend zu hohe Zahl von Untersuchungen bei dem jetzt üblichen System entfallen. Die Folgen davon liegen ja auf der Hand. Die Vorgesetzten sind verpflichtet, den Soldaten ein gewisses Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten in einer bestimmten Zeit beizubringen; wenn ihnen dies nicht gelingt, so trifft sie der Vorwurf. Da ist es natürlich, daß sie in solchen Fällen gereizt werden und zu Mißhandlungen greifen. Es giebt eine große Klasse von Leuten, die zwar nicht gerade geistestragend, aber doch geistig minderwertig veranlagt sind. Diese Leute sind sonst ganz normal, wenn sie aber in völlig neue Verhältnisse kommen, verschlimmert sich ihr Zustand bedeutend. Man sollte doch also mehr Aufmerksamkeit dem geistigen Zustand der Leute widmen, was das jetzt ja beim Gericht geschieht. Es müßten Spezialärzte, Fachleute, zur Untersuchung gezogen werden, Erkundigungen nach den bürgerlichen Verhältnissen einbezogen werden.

Kriegsminister v. Goltz: Ich bin für jede Anregung dankbar und werde auch hier mich näher damit beschäftigen. Ich muß nur die Militärärzte gegen den Vorwurf verwarren, daß sie die Untersuchung nicht ausreichend vornehmen. Es findet eine dreimalige genaue Untersuchung statt. Uebrigens ist der Prozentfuß der Schwachsinrigen in der Armee sehr gering und die Militärbehörden auch sehr geneigt, Leute zu entlassen, deren Ausbildung Schwierigkeit macht. Die Hauptsache ist mir die möglichst gute Ausbildung der Militärärzte und hierfür werde ich, wie bisher, vor allem Sorge tragen.

Abg. Bebel (Soz.): Der Herr Kriegsminister hat gemeint, die Zahl der Schwachsinrigen in der Armee sei nicht besonders groß. Das will ich schon zugeben, aber ich bin doch der Ueberzeugung, daß die Zahl der Fälle sich bei noch schärferer ärztlicher Untersuchung vor Eintritt ins Heer bedeutend vermindern würde. Im sächsischen Armeekorps kam es vor, daß Leute, die wegen Minderwertigkeit bestraft waren, während sie die Strafe abbüßten, sich neue Minderwertigkeiten zu Schulden kommen ließen. Erst dann kam man auf den Gedanken, mit den Leuten müsse es wohl nicht ganz richtig sein. Nun erst wurden sie untersucht und es stellte sich in der That heraus, daß die Leute geistig schwach waren. Also dieser und die von mir am Freitag vorgeführten Fälle beweisen doch, daß mehr gethan werden kann, als bisher geschehen ist. — Ob die Ausbildung der Militärärzte wirklich so angiebig ist, wie der Herr Kriegsminister meinte, weiß ich doch nicht. Jedenfalls habe ich gerade von Fachleuten hierüber häufig Klage führen gehört. — Ich glaube, daß bei der jetzigen Art der Untersuchung die Militärärzte auch beim besten Willen nicht im Stande sind, einen etwaigen geistigen Defekt festzustellen. Herr Kopsch hat ganz richtig auf die große Anzahl von Leuten hingewiesen, deren geistige Anomalie erst deutlich zu Tage tritt, wenn sie plötzlich in ganz neue Situationen versetzt werden, speziell in solche Verhältnisse, wie sie beim Militär vorhanden sind. Vor allem muß aber verlangt werden, daß die Anzahl der Militärärzte eine auskömmlich große sei. Wir haben aber soeben erst von dem Herrn Berichtserstatter gehört, daß 67 pCt. der Militärärzte in der Armee fehlen. Das ist auch gar nicht besonders verwunderlich. Das Gehalt dieser Militärärzte ist durchaus nicht besonders hoch, während sie doch nicht in der Lage sind, sich nebenbei eine besondere Praxis zu erwerben. Es ist doch aber ein merkwürdiger Kontrast, daß, während im bürgerlichen Leben ein enormes Angebot von Ärzten vorhanden ist, die Stellen unbefüllt bleiben. Da darf man wohl fragen, wie kommt das? Nach meiner Meinung ist die Schuld der antimilitärischen Geist, der auch in der Armeeverwaltung herrscht. Es ist eben nicht Unus, jüdische Ärzte anzunehmen. Dann ist allerdings der Mangel an Militärärzten sehr leicht

erklärlich. Denn es ist eine Thatsache, daß die Juden in demselben Maße, wie ihnen die Beamten- und Richterkarriere seit geraumer Zeit verwehrt ist, sich dem ärztlichen Stande zugewandt haben. So kommt es, daß besonders in den Städten die Zahl der jüdischen Ärzte gegenüber den christlichen bedeutend überwiegt. Von allen diesen habe kein einziger eine Assistentenstelle als Militärarzt zu erhalten. Einem Kranken ist es jedoch ganz egal, ob er einen jüdischen oder christlichen Arzt hat. Möge also die Militärverwaltung auch den jüdischen Ärzten den Zutritt zu den Assistentenstellen ermöglichen, dann wird der Mangel in kürzester Zeit verschwunden sein.

Kriegsminister v. Goltz: Ich kann es nicht verhindern, wenn Herr Bebel der Militärverwaltung fortgesetzt Rathschläge giebt. Er sollte sich nur das Material genauer ansehen und er wird finden, daß ein Theil seiner Bedenken hinsichtlich der Mannschaften werden sehr sorgfältig auf ihren Geisteszustand untersucht. Für die Besserstellung der Ärzte thun wir alles Mögliche. Weßhalb Herr Bebel die Judenfrage hier angeschnitten hat, weiß ich nicht. Mir ist keine Bestimmung bekannt, welche Juden für den militärärztlichen Dienst für unfähig erklärt. Es giebt eine ganze Anzahl jüdischer Militärärzte.

Abg. Kopsch (fr. Sp.) befreitet, daß er die Militärärzte herabgesetzt habe.

Abg. Bebel (Soz.): Vielleicht sagt mir der Herr Kriegsminister, in welchem Verhältnisse jüdische Ärzte in der Armee vorhanden sind. Ich bin überzeugt, daß eine Bestimmung, die jüdische Ärzte ausschließt, nicht vorhanden ist. Es giebt auch keine Bestimmung, die den überangenehmen Offizier zum Abschied zwingt. Der Kriegsminister hat formell recht, er hat in der Sache aber unrecht.

Kriegsminister v. Goltz: Die Militärärzte werden nicht nach der Konfession, sondern nach der Tüchtigkeit der Ärzte ausgewählt.

Abg. Jorkant (Reform-P.): Herr Bebel scheint die Debatten durch Anspielung der Judenfrage interessanter machen zu wollen. Daß wenig jüdische Ärzte in der Armee angestellt sind, liegt daran, daß der militärische Geist dem jüdischen Geist widerstreitet. Wenn erst die Gehälter für Militärärzte besser werden, dann werden sich auch mehr jüdische Ärzte zum Militär melden.

Abg. Lieber (Z.): Auch die christlichen Ärzte drängen sich nicht zum Militär, denn sonst würden nicht 67 pCt. Manco bleiben. Dem Kriegsminister bin ich für seine Erklärung dankbar. Nachdem einmal die Emancipation der jüdischen Bevölkerung in der Nation durchgeführt ist, ist es nur eine Forderung der Parität, daß den jüdischen Ärzten kein Hinderniß in den Weg gelegt wird. Jeder Besserstellung der Militärärzte werde ich zustimmen.

Abg. Bebel (Soz.): Es ist nicht der Mäße Werth, Herrn Jorkant zu erwidern. Ich weiß ja, er glaubt, wir Sozialdemokraten seien dem Judenthum mit Haut und Haaren verhaftet. An der Erklärung des Kriegsministers ist an sich nichts auszusetzen. Es ist aber Thatsache, daß gerade unter den jüdischen Ärzten sich ein hoher Prozentfuß sehr geschickter Ärzte befindet. Gerade unter den medizinischen Autoritäten sind viele Juden. Ich meine also, gerade unter den Juden werden tüchtige Militärärzte zu finden sein.

Abg. Jorkant (Antif.): Der Gegensatz von jüdischen Ärzten ist nicht christlich, sondern deutsch, der Gegensatz von christlich ist israelitisch. (Weiterkeit.)

Abg. Richter (fr. Sp.) verliest eine Statistik, aus der hervorgeht, daß ein sehr hoher Prozentfuß von jüdischen Ärzten im letzten Kriege mit dem eisernen Kreuz decorirt worden sind (88 jüdische Ärzte 88 eiserne Kreuze).

Der Titel wird bewilligt. Beim Titel 7 „Mannschaften“ dankt

Abg. Schulz-Lupis (Rp.) dem Minister für Aufbesserung der Gehälter der Militärkapellmeister.

Der Titel wird hierauf bewilligt. (Es folgt das Kapitel „Naturalverpflegung“.)

Abg. Dr. Haase (Soz.): Durch die Presse ist im vorigen Monat die Nachricht gegangen, daß infolge der hohen Fleischpreise sich bei der Truppenverpflegung Schwierigkeiten bemerkbar machten. Die Preisanschläge der Schlächtermeister, heißt es in den Berichten, waren entsprechend der Lage des Marktes so hoch, daß die etatsmäßigen Verpflegungsgebühren nicht ausreichend waren und die Menagereverwaltungen zum Nachtheil der Ernährung der Mannschaften sich bei der Zubereitung der Kost Beschränkungen anfertigen mußten. Ich frage den Herrn Kriegsminister, ob diese Behauptungen richtig sind und ob er bereit ist, im Interesse seines Ressorts daran mitzuwirken, daß der Fleischvertheuerung gesteuert werde. Die Fleischpreise haben eine enorme Höhe erreicht. In Königsberg z. B. ist die Gesamtzufuhr im letzten Quartal des vorigen Jahres gegen die gleichen Monate des Vorjahres zurückgegangen um 1500 Stück (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und im Dezember 1897 um 1800 Stück (Hört! hört!), an Schafen um 778 Stück im Oktober, 518 im November, 215 im Dezember, an Rälbern im Oktober um 140, im November um 99, im Dezember um 208 Stück. Rinder sind allerdings mehr eingeführt worden, aber im ganzen Quartal nur 125 Stück. Seit der Sperre der russischen Grenze sind die Fleischpreise infolge der verminderten Einfuhr gestiegen, für Schweinefleisch um 80 pCt., bei den anderen Fleischsorten um 10—20 pCt. Der Fleischverbrauch ist infolge dessen in diesem Quartal in Königsberg um mehr als 491 000 Kilo zurückgegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Große Reize der Bevölkerung sind jetzt auf halbe Fleischration gestellt. Die städtischen Behörden haben infolge dessen auch wiederholte Petitionen an den Reichstagskanzler gerichtet, die aber bisher unbeantwortet geblieben sind. Sie haben daher vor kurzem beim Reichstag petitionirt, daß entweder die Sperre von Rußland aufgehoben werde, oder, falls dies aus hygienischen Gründen nicht gehe, wenigstens unter Beschränkungen die Zufuhr von Schweinen zugelassen werde nach benachbarten Städten, die eine direkte Bahnverbindung nach den Schlachthäusern haben. Allgemein glaubt man, daß in England die Maul- und Klauenseuche deshalb nicht auftrat, weil England sich gegen ausländisches Vieh völlig absperrte. Nun hat ein sachkundiger Mann in der „Illustrirten landwirthschaftlichen Zeitung“, dem amtlichen Organ des Bundes der Landwirthe, am 22. Januar d. J. behauptet, daß die völlige Sperre zur Vermeidung der Seucheneinführung nicht erforderlich sei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner verliest die betreffende Stelle aus jener Zeitung. Der Verfasser weist auf England hin, wo lediglich die Vorkehrung besteht, daß das Vieh im Eingangshafen oder in eigenen mit obligatorischer Fleischschau ausgerüsteten Schlachthäusern geschlachtet werde. Ich glaube, daß wenn im amtlichen Organ des Bundes der Landwirthe die Sperre für nicht erforderlich erklärt wird, dann können hygienische Gründe auch bei uns nicht weiter ins Feld geführt werden, dann gewinnt der bereits vorhandene Verdacht, daß die Agrarier bei der Grenzsperrung lediglich die Erhöhung ihrer Fleischpreise im Auge haben, neue Nahrung. Bei der Abhängigkeit von den Agrariern, in der sich unsere Regierung zur Zeit befindet, kann ich gar nicht hoffen, daß die Regierung im Interesse der wirklich nothleidenden städtischen Bevölkerung für die Beseitigung der Grenzsperrung eintreten oder Bestimmungen nach Muster der englischen treffen wird. Vielleicht aber wird der Herr Kriegsminister im Interesse der Verpflegung der Truppen dahin wirken, daß der Fleischvertheuerung ein Damm entgegengesetzt wird. Er kann davon überzeugt sein, daß selbst diejenigen Theile der Bevölkerung, welche dem Militarismus nicht freundlich gegenübersehen, ihm dann unbedingte Anerkennung zuwenden würden. Wenn freilich diejenigen Grundzüge, die auf dem letzten Parteitag der Konservativen, die bei der letzten Sitzung des Bundes der Landwirthe zum Ausdruck gekommen sind, für die Regierung immer mehr und mehr maßgebend werden, vor allem der Grundsatz: daß nichts hineingehaftet werde, was unsere heimischen Aecker erzeugen können, dann wird das Volk von seiner eigenen Regierung den Brot- und Fleischvertheuerern ausgeliefert. (Lebhafter Beifall links.)

General-Lieutenant Freiherr v. Gemmingen: Die Vertheuerung der Fleischpreise namentlich im Osten ist uns bekannt. Vom ersten

April ab aber kommen dem Militär die höheren Sätze des Etats zu gute und jede Erschwerung ist damit beseitigt.

Abg. Jorkant (Antif.): Der Abgeordnete Haase sollte sich mit seiner Behauptung nicht an die Regierung, sondern an ein Konfessionarium von fünf der Mehrzahl nach jüdischen Viehhändlern in Königsberg wenden, die dort die Preise künstlich hochschraubten.

Abg. Haase (Soz.): Meine Angaben habe ich aus dem amtlichen Organ der Landwirtschaftskammern. Herr Jorkant erklärt die hohen Fleischpreise durch die Zwischenhändler. Die Militärverwaltung ist aber von diesen ganz unabhängig, da sie ihr Fleisch im großen einläuft. Vor Einführung der Grenzsperrung haben wir übrigens keine hohen Fleischpreise gehabt, trotzdem die fünf Herren auch schon vorhanden waren. Die hohen Fleischpreise sind also lediglich eine Folge der Grenzsperrung.

Abg. Jorkant (Reform-P.) bemerkt, daß bereits vor Einführung der Grenzsperrung die Fleischpreise in Königsberg sehr hoch waren. Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Titel „Ersatz für kleine Hand- und Feuerwaffen bringt

Abg. Richter (fr. Sp.) die Behauptung Alward's zur Sprache, daß große Massen Löwischer Gewehre namentlich in Reg und Naflast wegen Unbrauchbarkeit aufgeschoben seien. Er frage die Militärverwaltung, was daran Wahres sei.

Generalmajor v. d. Voock: Nach unseren Erkundigungen sind alle, besonders alle französische Gewehre, die unbrauchbar geworden waren, in Reg und Naflast zerlegt worden. Von den 1888er Gewehren, bei denen allein die Judenfinfen in Betracht kommen könnten, sind noch keine zerlegt. Die Löwischen Gewehre haben sich unter diesen Genen so bewährt wie alle anderen.

Der Titel wird hierauf bewilligt. Ebenso der Rest des Ordinariums. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Extra-Ordinarium des Militäretats.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Wahlbewegung.

Zur Kandidatur des freisinnigen Reichstags-Abgeordneten Fischbeck im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis wird dem Eberfelder Partei-Organ aus Remsichel geschrieben: Der bisherige Reichstags-Abgeordnete Fischbeck scheint ein Haar in der Suppe gefunden zu haben und seine Kandidatur bei den nächsten Reichstagswahlen hier als aussichtslos zu betrachten. Dazu gehört gerade kein allzu großer politischer Scharfblick. Daß aber dann Herr Fischbeck nach Berlin geht, um dort in dem 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis einen Unterschlupf zu suchen, stellt seine politische Scharfsichtigkeit in ein noch ungünstigeres Licht. Der 3. Berliner Wahlkreis war in der letzten Legislaturperiode von unserem Genossen Voghter vertreten. Weil dieser aus Geschäftsgründen sein Mandat mehr annehmen kann, haben unsere dortigen Genossen beschlossen, den Genossen Reichsadvokat Heine aufzustellen. Diesen Kandidatenwechsel scheint Fischbeck als günstig zu betrachten, den Wahlkreis unserer Partei zu entziehen. Unsere Berliner Genossen werden ihn eines Besseren zu belehren wissen.

Der „Märkischen Volks-Zeitung“ zufolge ist als Zahlkandidat des Zentrums für Tellow-Beeskow-Storkow der Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Warburg-Hörler, Landgerichtsrath Schmidt in Aussicht genommen.

Die am letzten Sonntag für den Wahlkreis Berlin-Land abgehaltene Wahlkreis-Konferenz hat den Genossen H. Keller wieder als Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt.

Aus Hagen wird gemeldet, daß die nationalliberale Partei als Reichstags-Kandidaten den Fabrikanten Schulz aufgestellt habe, nachdem Dr. Reumer aus privaten Gründen abgelehnt hatte.

Im zweiten Aachener Wahlkreis wird der bisherige Reichstags-Abgeordnete Bod seinen Entschluß, nicht wieder zu kandidiren, wahrscheinlich aufgeben und sich dem Centrum wieder zur Verfügung stellen.

In helle des bisherigen Vertreters des Reichstags-Wahlkreises Kumbach-Horchheim, Bürgermeister Fehold-Goltsfeld, der nicht wieder kandidiren will, wird die Zentrumspartei den Bürgermeister Streder-Horchheim aufstellen.

Die deutsch-konservative Partei Wadens erklärte in der „Baltischen Landespost“, daß sie im 13. Reichstags-Wahlkreis wie auch im 8., 9., 10., 11. und 12. eigene Kandidaten aufstellen werde. Der Landesauschuß wird demnach über die Kandidaturfrage entscheiden.

Dr. Bödiker, dem früheren Präsidenten des Reichs-Vericherungsamtes, ist dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten die Reichstags-Kandidatur angeboten worden.

Partei-Nachrichten.

Veranstaltung einer Märzfeier hatten in Bernburg die Parteigenossen bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt; charakteristisch für das heutige Bürgerthum ist es aber, daß die Ablehnung einstimmig erfolgte.

Das Städtchen „Tomminsch a. G.“ befindet sich seit circa 14 Tagen in hellem Aufruhr. Man schreibt uns darüber: Hatte schon die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Knörke anstatt eines Konservativen lebhaft Unruhe erregt, so schlug es dem Haß den Boden aus, als vor einigen Wochen gar die Sozialdemokraten auf dem Plan erschienen und einen Arbeiterverein gründeten. Die bald darauf erfolgte Kündigung der in der Thonwaren-Fabrik arbeitenden Vorstandsmitglieder genügt aber der Fabrikleitung noch nicht. Am vergangenen Sonntag wurden die Gefährdeten einfach entlassen und man bezieht ihnen auch den rückständigen Lohn ein, obwohl sie noch eine Woche zu arbeiten hatten. Trotzdem bleiben die Genossen standhaft, ebenso der Wirth des Parteilokals, dem man die Polizeistunde auf 9 Uhr abends beschränkt und die Tanzkonfession entzogen hat. Am Sonntag wurde eine Versammlung abgehalten, zu welcher auch Parteigenossen aus Torgau herübergekommen waren.

Aus der Schweiz. In Winterthur wurde ohne Gegenkandidat ein Sozialdemokrat, der Wirth Vogelsanger, in die Bezirks-Schulbehörde gewählt.

Auch in der südamerikanischen Republik Chile beginnt der Sozialismus unter den Arbeitern Boden zu fassen. In der Stadt Punta Arenas ist zu Weihnachten die erste Nummer eines Blattes, genannt „El Obrero“ (Der Arbeiter), erschienen, das sich die Organisation der Arbeiter und die Vertheidigung ihrer Interessen zur Aufgabe gemacht hat. Verantwortlicher Redakteur ist José Contardi. Wir wünschen dem neuen Kampfgenossen kräftiges Gedeihen!

Todienste der Partei. Der in Braunschweig verstorben Parteigenosse Rudolf Ziggas, dessen Tod gestern kurz gemeldet wurde, ist unterm Sozialistengesetz sowohl aus Berlin wie aus Hamburg ausgewiesen worden. In Braunschweig hat er unter dem Ausnahmegesetz lange Zeit die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ befohl, wobei ihm andere Parteigenossen beifällig waren; ferner zahlte er an die zureifenden verfolgten Parteigenossen die Unterstützung aus. Besonders ließ er es sich angelegen sein, in jener schlimmen Zeit unter den Braunschweiger Parteigenossen einen guten Zusammenhalt zu ermöglichen. Seinen Beruf als Tischler mußte er bereits vor zehn Jahren wegen eines körperlichen Leidens aufgeben; nur schwer gelang es ihm, sich eine leichtere Beschäftigung zu verschaffen. Aber so lange er konnte, ist er unermüdet für die Interessen der Arbeiter thätig gewesen.

In Mynlaui. S. ist der Parteigenosse Leopold Adam, der schon an der 1848er Bewegung theilhaftig gewesen ist und jederzeit treu zur Arbeiterfrage gehalten hat, 79 Jahre alt gestorben. Er war noch bis vor kurzem in der Wollkammerei thätig; die anstrengende Beschäftigung daselbst vertrat aber sein Körper nicht mehr.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In Magdeburg ist der Staatsanwalt Reinick gestorben, der seit etwa zwei Jahren die Bearbeitung der Pressachen zu besorgen hatte. Die „Volksstimme“ rühmt ihn nach, daß er im Gerichtsjaal gegen die von ihm angeklagten Sozialdemokraten viermal persönlich verlegend aufgetreten sei; er sei seiner

Erfassung mit Loyalität und Objektivität gerecht geworden. In den deutschen Staatsanwälten und Richtern insgesamt mag dieser Nachruf unserer Magdeburger Bruderorgane zeigen, daß die Sozialdemokratie auch im Justizbeamten gern den Menschen achtet, und daß es nicht unsere Schuld ist, wenn Staatsanwälte und Richter, die in Prozessen gegen Sozialdemokraten thätig waren, von der Arbeiterpresse verhältnismäßig nur selten ein sympathischer Nachruf gewidmet werden kann.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Vom Verband der Berliner Schuhfabrikanten erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Fabrikanten haben heute im Gewerbegericht als Antwort auf die Aufforderung des Einigungsamtes seitens der Arbeitnehmer mitgeteilt, daß sie bereit sind, vor dem Einigungsamt zu erscheinen unter der Voraussetzung, daß zunächst ein Gerichtsbeschluss darüber herbeigeführt wird, ob die Arbeitgeber dem bei der letzten Einigungs-verhandlung gegebenen Versprechen, Verhandlungen über Beschwerden gegen den Arbeitsnachweis zu führen, nachgekommen sind oder nicht. Nachdem dieses geschehen, sind die Fabrikanten bereit, eine Erklärung über die Forderungen der Arbeitnehmer abzugeben.

Der Vorstand.

Schlitzweg, Färkenheim, Zandervat.

Etwas dunkel ist der Rede Sinn. Klarer wird er erst, wenn man eine Notiz über die Generalversammlung der Fabrikanten, welche wir in einigen bürgerlichen Blättern finden, mit zur Berücksichtigung heranzieht. Dort heißt es nämlich, daß die Fabrikanten beschloßen hätten, die Beschwerden der Arbeiter (bezüglich des Nachweises) zu prüfen und ihren Wünschen auf jede Weise entgegenzukommen. Die Forderung der Arbeiter aber auf Beteiligung an der Verwaltung des von den Fabrikanten errichteten Arbeitsnachweises haben die Fabrikanten ablehnen zu müssen geglaubt; auch lehnen sie es ab, wegen dieser Forderung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen. — Die Fabrikanten wollen also vom Einigungsamt das Zeugnis ausgestellt haben, daß sie durch ihr Erscheinen ihrem gegebenen Versprechen nachgekommen sind — und rein formell genommen sind sie es in der That — um dann mit der amtlichen Bescheinigung ihrer Loyalität in der Sache schließlich zu erklären, in der Sache selbst sich auf nichts einzulassen.

Schöneberg. In der am Montag hier stattgefundenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, über deren ersten Teil wir bereits berichtet haben, wurde nach von Baumler der Bericht über die Gewerbegerichts-Wahlen erstattet. Aus demselben ist zu entnehmen, daß bei den letzten Gewerbegerichts-Wahlen zwar 850 Stimmen mehr abgegeben wurden, die Wahlbeteiligung aber immer noch als schwach bezeichnet werden muß. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 109,85 M. mit einer Ausgabe von 71,90 M., so daß ein Bestand von 37,95 M. verbleibt. Däumlich wünscht, daß bei den nächsten Wahlen die Beteiligung an den Sammlungen eine regere und stärkere werden möge als bisher. Nachdem Mayer namens der Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, wird dem Obmann Entlastung erteilt.

Die Maurer und Zimmerer von Kallberge Müderdorf haben beschlossen, in diesem Frühjahr einen Stundenlohn von 45 Pf. zu verlangen. Auch auf die Abstellung der sonstigen Mißstände auf Bauten (Wandbän, Mofets) will man dringen. Der Zeitpunkt, an dem die Forderungen der Meister zu unterbreiten sind, ist noch nicht bestimmt.

Deutsches Reich.

Beim Begräbnis der verunglückten Bergarbeiter der Zeche Vereinigte Karolinenfeld in Hamm wurden eine Reihe Kränze von Dortmund und Gewerkschaften niedergelegt, deren Widmungen für die Stimmung der Arbeiter von symptomatischer Bedeutung sind.

Der Kranz des Sozialdemokratischen Vereins trug folgende Widmung:

„Schützen konnten Euch nicht, für die Ihr Gleichthum geschaffen;

Durch den Sozialismus wird die Erlösung gebracht.“

Auf der Schleife des von der „Arbeiterzeitung“ gewidmeten Kranzes standen die Worte:

„Euer verbranntes Gebein lasse die Rächer erstehen;

„Einige Knappen, daß die Gefahr verb' gebannt!“

Die Zahlstelle des Bergarbeiter-Verbandes widmete ihren Kranz „Den wackeren Kameraden“.

Die Schneider brachten ihren Kranz „Den auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Vergleuten!“ dar.

Die Zahlstelle des Stuckateur-Verbandes hatte die Worte gewählt: „Den Opfern der Arbeit!“

Die Kasser: „Die Ursachen Eures Todes sind zu beseitigen!“

Die Zahlstelle des Maurerverbandes: „Ihr tragt das Todesurteil bei der Einnahme!“

Die Brauer: „Euer Schicksal soll ein Ansporn sein, die Zustände besser zu beseitigen!“

Sattler und Tapezierer: „Gewaltam entrisst den Leben im dunklen Schacht, kehrt Euer Tod, wie notwendig der Einigkeit Macht!“

Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes: „Des Oases giftiger Odem brachte Euch Tod und Verderben.“

Daß Licht es auch werde im Dunkel der Erde, dafür wollen wir wirken und werden!“

Aus Hamburg wird berichtet: Die organisierten Schauerleute von Hamburg-Altona protestierten gegen den offiziellen Bericht der Senatskommission über die Arbeitsverhältnisse im Hafen. Sie wählten eine viergliedrige Kommission zur Durchführung einer Aenderung des Berichtes, der in Beziehung auf die Ursachen des Hafenarbeiterstreiks partiell gefälscht sei.

In Athenos ist die Arbeits-Einstellung bei der Firma C. Schmidt u. Co. durch Einigung beendet. Sämtliche Streikende werden wieder eingestellt.

Die Schiffszimmere, die seit 9 Jahren 30 Pf. Stundenlohn bekommen, sind um eine Erhöhung auf 33 Pf. vorläufig geworden.

Aus Erdmannsdorf im Riesengebirge wird gemeldet, daß dort sämtliche Arbeiter der Vereinigten Berlin-Erdmannsdorfer Wästenfabrik von Böhme & Haraste gekündigt haben, weil ihre Lohnforderungen abgelehnt wurden.

In Halle a. S. hat die Baugewerks-Zunft beschlossen, vom 1. Mai an den Stundenlohn für Maurer und Zimmerer auf 42 Pf., für Handlanger auf 32 Pf. festzusetzen. Die Maurer dagegen beschlossen, 45 Pf. zu fordern; die Zimmerer und Handlanger haben noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt.

Die streikenden Nordmänner der Firma Gebr. Wolff in Bernburg erklären, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, bis ihre Forderungen sämtlich bewilligt sind. Sie würden streng an dem Magdeburger Beschluß festhalten und fordern die deutschen Kollegen an, von diesem Beschluß ebenfalls nicht abzuweichen. Eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter Bernburgs habe sich mit den Forderungen vollständig einverstanden erklärt. Anfragen und Sendungen werden an Friedrich Klemm in Bernburg, Prinzengarten 10, erbeten.

Ausland.

Lohnbewegung in der Schweiz. In Zürich streiken die Damer der Firma Bänker u. Cie. — Nach 12-jähriger Pause sind die Züricher Schlossergehilfen wieder in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben den Meistern eine Reihe von Forderungen überreicht, deren wichtigste sind: 10 stündiger Arbeitslag, 20 pCt. Lohnerhöhung, Abschaffung der Akkordarbeit,

Minimallohn von 50 Cts. pro Stunde, achtstägige Lohnzahlung, Versicherung sämtlicher Arbeiter gegen Unfall, Freigabe des 1. Mai, 8 stündige Arbeitszeit am Sonnabend. Eine Antwort der Meister ist darauf noch nicht erfolgt. — Der Zentralvorstand des schweizerischen Schneiderverbandes warnt wegen bevorstehender Lohnbewegungen vor Zutritt der Schneider nach Zürich, Winterthur, Bern, Orbe, Chur und Vischofzell.

An die englischen Maschinenbauer sind von der Berliner Zentralkasse des Verbandes der deutschen Buchdrucker insgesamt 50 944,80 M. Unterstützung abgeführt worden. Davon rührten 20 866,80 M. (1000 Pfd. Sterling) aus der Zentralkasse selbst her, das übrige haben die Gewerkschaften und Mitgliedschaften aufgebracht. Die Sammlung ist damit geschlossen.

Die Schuhfabrikanten von Leicester (England) haben, wie die „N. N.“ berichtet, den Beschluß gefaßt, jeden Arbeiter zu entlassen und in keiner Fabrik wieder anzustellen, welcher bei den neuen arbeitssparenden Maschinen weniger leistet, als „sich gehört“.

Die Angestellten der Mailänder Pferdebahn-Gesellschaft hatten am vergangenen Sonntag den Dienst eingestellt, weil sie mit der Regelung der Altersverhältnisse und der B.-Förderungen nicht einverstanden waren. Durch Vermittelung der Municipalität ist noch am selben Tage eine Verständigung herbeigeführt worden, so daß der Dienst am Montag wieder aufgenommen wurde.

## Prozeß Zola.

Paris, 22. Februar.

Am 11 Uhr 45 Min. trifft Zola im Justizpalast ein. Die Züge und die Kousoirs sind fast leer; der Sitzungssaal jedoch ist gefüllt. Um 12 Uhr 15 Min. wird die Verhandlung wieder aufgenommen.

Labori fährt in seinem Plaidoyer fort und giebt den angeklagten Ueberblick über alle die Angelegenheit berührenden That-sachen, er beginnt mit der Verhaftung des Dreyfus im Oktober 1894 und konstatirt dabei, daß die Verhaftung zwei Blättern, der „Libre Parole“ und dem „Gclair“, bekannt war. Major du Paty de Clam hatte der Frau Dreyfus unter Androhung schwerer Strafen für ihren Gatten unterzogen, von der Verhaftung zu sprechen. Die Mittheilung an die „Libre Parole“ wurde demnach nicht von Frau Dreyfus gemacht, sondern von den Bureau des Kriegsministeriums. „Libre Parole“ und „Gclair“ brachten lügenhafte Artikel in betreff der Schuld des Dreyfus. Labori spricht sodann von den Verhör, in welchen du Paty de Clam Dreyfus einzuschüchtern suchte, und von den Einbrüchen Foranetti's, des Bewährungskommandanten, nach dessen Anschuldigungen Dreyfus unschuldig war. (Murren im Saale). Der Präsident fordert das Publikum auf, sich still zu verhalten. Labori fährt fort: Nach dieser geheimen Untersuchung, dieser romanhaften Unternehmung, verfiel man auf den Gedanken, die Öffentlichkeit trotz des Einspruchs der Presse. Um diese Geheimnerei zu rechtfertigen, dazu gehörte absolute Achtung vor dem Geheiß; man beobachtete sie nicht. Das ist es, was zu den unablässigen Einspruchs-Erklärungen des Dreyfus hinzukommt, was Verwirrung brachte in so viele angeklärte Köpfe. Die Stärke anderer Gegner, soweit sie guten Glaubens sind, ist ihr Glaube, daß sich alles nach den Regeln der Gerechtigkeit abgespielt habe. Die Sachen sind jedoch nicht so vor sich gegangen. (Bewegung.) Der Kriegsminister befahl bereits acht Monate vor der Verhaftung des Dreyfus eine Photographie des Schriftstückes „cette canaille de D.“, welches bewies, daß ein französischer Offizier zu zwei fremdländischen Militär-Attaches Beziehungen hatte. Dieses Schriftstück bezieht sich nicht auf Dreyfus. Labori weist auf die Wichtigkeit dieses Schriftstückes hin, denn daraus hätte man sich so lange Zeit, um eine Schuld des Dreyfus zu konstruiren. Es ist dies das Schriftstück, welches das „betreffende Dokument“ genannt wurde, und welches eine verkehrte Dame Esterhazy anstelle, der es seinerseits gegen Empfangsbekundung dem Kriegsministerium übergab.

Labori spricht sodann von General Mercier und sagt: Er ist vielleicht ein braver Soldat, aber er war großen Sachen nicht gewachsen. Denn was soll man denken von der Diktatprobe, welcher Dreyfus unterworfen wurde? Mercier setzte willkürliche Einbrüche an stelle der fehlenden Beweise, und so kam man dazu, einen Unschuldigen verurtheilen zu lassen. Labori fragt: Warum sprach man nicht von diesem Schriftstück „cette canaille de D.“ zu Dreyfus und seinem Verteidiger? Wir hätten die Fremden hierher kommen lassen können, um über die Gerechtigkeit des Schriftstückes zu sprechen. (Bewegung.) Der Präsident unterbricht Labori: Wie würden sie nicht verhört haben. Labori erwidert: Wenn wir sie nicht haben hierher kommen lassen, so ist es deshalb, weil wir nur unter und Franzosen diese nur Franzosen angehende Sache verhandeln wollten. Welche Ansicht man auch in dieser Angelegenheit haben möge, am Tage der Gefahr werden wir alle Front machen gegen das Ausland. (Beifall.) Labori kommt sodann auf die Dreyfus auf-erlegte Diktatprobe zurück: Diese beweist die Hinsichtigkeit des Ver-urtheils. Denn, wenn man einen Beweis von der Schuld gehabt hätte, würde man nicht seine Zuflucht genommen haben zu einer solchen miss-en-scène, wie die bezüglich des Vorderans es war. Die Richter waren beim Beginn der Verhandlung im Begriffe, den Angeklagten freizusprechen; sie hätten es gethan, wenn man nicht gegen alles Recht ihrem Urtheil eine falsche Richtung gegeben hätte durch Mittheilung eines Schriftstückes, welches nicht in die Verhandlungen gehörte, aber das auch nicht verhandelt worden war. Labori verliest sodann das Protokoll des Dreyfus-Kriegsgerichts und sagt hinzu: Ich habe das Aktenstück über diese Angelegenheit in Händen. Ich bezeuge es, daß darin nichts gegen Dreyfus enthalten ist. Ich verpöndle mich mit meiner Ehre dafür, meine Herren! Ich sage es Ihnen, es ist nichts Belastendes darin gegen denjenigen, welcher verurtheilt wurde. (Anhaltende Bewegung, Zeichen der Zustimmung.) Die Sitzung wird unterbrochen.

Während der Unterbrechung der Verhandlung treten zahlreiche Personen auf Labori zu, um ihm die Hand zu drücken. Labori's gemäßigter, wenn auch fester Ton, seine gewandte Sprache machen aufsehend Eindruck auf die Zuhörer.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung spricht Labori von den angeblichen Geständnissen Dreyfus' gegenüber dem Kapitän Lebrun-Renaud nach der Verurtheilung, und behauptet, daß, wenn ein Protokoll über diese Geständnisse existire, es erst nachträglich angefertigt worden sei. Man hätte diese durch Zeugen darthun können, wenn Lebrun-Renaud als Zeuge vorgekommen wäre. Labori erinnert an die Erklärung des Ministerpräsidenten Meline bei Gelegenheit der Interpellation Cavaignac; Meline habe damals gesagt, die Frage der Existenz des Berichtes erörtern heiße, der Revision die Thüre öffnen. Labori fügt hinzu, wenn man das Protokoll nicht vorgezeigt habe, so sei es deshalb geschehen, weil die Geständnisse des Dreyfus weder möglich noch wahrscheinlich waren.

Labori giebt eine packende Schilderung der tragischen Vorgänge bei Gelegenheit der Degradation Dreyfus', erinnert daran, daß inmitten der von der unheimlicheren Menge ausgehenden Rufe „Tod!“ der Verurtheilte nicht aufhörte, zu rufen: „Es lebe Frankreich!“ und bei den Häuptern seiner Frau und seiner Kinder seine Unschuld zu bezeugen. Dreyfus habe als einzige Gunst erbeten, daß das Ministerium seine Nachforschungen fortsetze. (Bewegung.) Labori verliest eine Reihe von Briefen des Dreyfus an seinen Anwalt und seine Familie, in denen er fortwährend verlangt, daß man den wirklich Schuldigen suche, und erklärt, wenn Meline den Bericht des Hauptmanns Lebrun-Renaud nicht vorgezeigt habe, so sei dies unterblieben, weil die heftigen Unschuldsbethuerungen ihn beunruhigten und für einen Augenblick sein juristisches Gewissen über die Staatsraison stellen, die er sich gebildet habe. (Anhaltende Bewegung.) Labori fährt fort: Um Geständnisse zu erlangen, ging man bis zum Betrug. Hat nicht du Paty de Clam zu Dreyfus gesagt: „Der Minister wird Sie empfangen, wenn Sie Geständnisse machen wollen?“ Labori erinnert an das Verhör von

Dreyfus seitens du Paty de Clam; auf eine Anfrage du Paty's habe Dreyfus zugegeben, daß in Einzelheiten eine Ähnlichkeit bestehe zwischen seinen Schriftstücken und denen des Dokuments, aber daß sich beide im ganzen doch nicht gleichen; dann habe Dreyfus versichert, daß Dokument niemals geschrieben zu haben und unschuldig zu sein. Labori fährt alsdann weiter aus, man habe ein Dünengebäude errichtet. Kleine Leute haben dabei aus Heuchelei ihre Hilfe gewährt, aber auch große, und diese seien die Schuldigen. Mögen diese es wohl wissen, mögen Sie meine Worte vernahmen und sich erinnern, daß der verächtlichste Name in der Geschichte der des Pontius Pilatus ist. Daran mag man sich erinnern.“

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. —

Beim Schluß der heutigen Sitzung im Zola-Prozeß kam es zu einer wahrhaften Ovation für Labori. Man schrie: „Es lebe Labori!“, was mit anderen Rufen: „Es lebe die Armee!“ „Nieder mit den Juden!“ erwidert wurde. Im Saal herrschte ein unbeschreibliches Durcheinander. Ein Garde républicain sahte Trarieu am Arm, um ihn hinauszubringen. Trarieu machte sich los und erhob lebhaften Widerspruch: „Ich bin Senator“, sagte er, „ich bin unverletzlich!“ Der Garde bestand hierauf nicht weiter auf seinem Verlangen.

## Soziales.

Unfallversicherung. Die Entschädigungen, die von den Berufs-gesellschaften zc. für Unfälle gezahlt worden sind, haben sich anfänglich etwa um 4 Millionen Mark jährlich erhöht; so betragen sie 1886: 1,9 Millionen, 1887: 5,9, 1888: 9,7 und 1889: 14,5 Millionen. Es folgt dann eine Reihe von Jahren, wo sich die jährliche Zunahme auf etwa 6 Millionen bezifferte. Es wurden an Entschädigungen gezahlt 1890: 20,3 Millionen, 1891: 26,4, 1892: 32,3, 1893: 38,1, 1894: 44,3, 1895: 50,2, 1896: 57,1 und 1897: 64,1 Millionen. Betreffs der Gesamt-Umlage, die die Berufs-gesellschaften zur Deckung der Unfallentschädigungen zu zahlen haben, wird demnach jetzt infolgedessen eine Erleichterung eintreten, als das Jahr 1897 das erste war, für welches Zuschläge zu den Reservefonds nicht erhoben werden. Außerdem sind eine ganze Reihe Berufs-gesellschaften in der Lage, die Zinsen ihrer Reservefonds zur Deckung der laufenden Ausgaben verwenden zu können, und zwar für 1897 auch zum ersten Male.

Der Renuhr-Ladenschluß wird am 1. März in Bar men von einer bedeutenden Zahl von Ladenshabern eingeführt. Sie beschloßen auch, gleichzeitig mit der Beleuchtung der Schaufenster auf-zuhören. Nur den Zigarrenhändlern ist zugestanden, bis 10 Uhr offen zu halten.

Die einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung wird, wie der „Vorwärts“ schon berichtet hat, in Bayern durch eine Zentralisierung der Arbeitsämter angestrebt. Jeder Regierungsbezirk soll eine Zentrale erhalten. Der Entwurf für den interlokalen Geschäftsvorkehr, den die vom Ministerium einberufene Münchener Konferenz von Gemeindevorstehern im Dezember v. J. feststellte, liegt jetzt den Magistraten zur Begutachtung vor. In Nürnberg beantragten die Arbeiterbesitzer des Gewerbegerichts und der Gemeinde-bevollmächtigte Käfer, man solle eine Bestimmung vorschlagen, wonach den an die Gemeinden hinauszugehenden Salzenlisten eine Bemerkung einzufügen sei, wenn bei einer der Arbeitsstellen, wohin die Arbeiter gesucht werden, ein Streik ausgebrochen oder eine Ausperrung erfolgt ist. Dieser Antrag wurde von der „freisinnigen“ Stadtvertretung Nürn-bergs mit der Begründung abgelehnt, daß man den Standpunkt „strengster“ Neutralität wahren wolle. Da die Statuten der Arbeits-ämter in München und Würzburg die Streiklausel aber ent-halten, so ist es mit der beabsichtigten „einheitlichen“ Ausgestaltung des Arbeitsnachweises nicht weit her. Ein anderer Antrag, daß den Arbeitssuchenden, denen Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, hierüber eine Bescheinigung auszustellen sei, wurde ebenfalls ab-gelehnt. Dagegen beschloß man, die Arbeitsvermittlung auch auf die aus den Strafankalten entlassenen Personen auszu dehnen und dem Arbeiter suchenden Unternehmer nur auf besondere An-frage Mittheilung von der Bestrafung zu machen.

Bei der städtischen Arbeitsnachweis-Stelle in Worms wurden in der Zeit vom 1. September 1896 bis 31. Dezember 1897 insgesamt 3844 offene Stellen angemeldet; 4481 Arbeits-suchende erhielten schriftliche Anweisung auf diese Stellen; von den zurück-gelehnten Anweisungen lauteten 1107 auf „eingestellt“, 1872 auf „nicht eingestellt“. 1702 Anweisungen wurden nicht jurisdiglelert, ein Uebelstand, womit — wie der Bericht sagt — alle Arbeitsnach-weis-Stellen zu kämpfen haben.

Unter den Arbeiter-Konsumvereinen und Produktiv-gesellschaften Oesterreichs ist eine Bewegung im Gange, sich von dem Allgemeinen Verbands der auf Selbsthilfe be-ziehenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften zu trennen und einen eigenen, österreichischen Verband zu bilden. Ein Komitee, bestehend aus sechs Wiener Vereinen solcher Art, macht bekannt, daß am 8. März d. J. in Wien ein Verbandstag der niederösterreichischen Konsumvereine zc. über die Auflösung des bestehenden Unterverbandes des deutschen Allgemeinen Verbandes beschließen soll, und daß noch am selben Tage die Konstituierung des selbstständigen österreichischen Verbandes erfolgen würde. Der neue Verband soll den Namen führen: „Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften Oesterreichs.“

Städtischer Minimallohn in Lausanne. Auf Antrag des Sozialdemokraten Rapiu beschloß der Lausanner Große Stadtrat mit 41 gegen 37 Stimmen die Festsetzung eines Minimallohnes von 5 Fr. pro Tag für die städtischen Arbeiter.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 22. Februar. (B. H.) Von kompetenter Seite wird die Meldung von der bevorstehenden Auberung des österreichisch-ungarischen Schwebwaders und Truppenelementes von Areta be-stätigt. Die Auberungsbordre bezieht sich aber nur auf die Kom-mandanten der großen Schiffe; einige kleinere Fahrzeuge werden in den kretensischen Gewässern verbleiben.

Budapest, 22. Februar. (B. H.) Die große Fettstofffabrik von Lustig u. Beck wurde heute von einem Großfeuer heimgesucht. Man befürchtet, daß auch Menschenleben bei dem Brande zugrunde ge-gangen sind. Bis in die späteren Nachmittagsstunden war es nicht gelungen, des Feuers Herr zu werden.

Wien, 22. Februar. (B. H.) Heute explodirte in einem hiesigen Kaufhaus eine Bombe, wodurch einiger Schaden an-gerichtet wurde. Auch sind noch drei andere Bomben in der Stadt gefunden worden. Seit einigen Tagen war schon die Anwesenheit von Anarchisten signalisirt worden.

Wien, 22. Februar. (B. H.) Ein Theil der Sozialisten ist mit dem Beschluß der allgemeinen Versammlung, wonach im Prinzip ein Wahlbündnis mit der progressistischen Partei angenommen wurde, nicht einverstanden. Der Beschluß wird dieser Tage nochmals einer Sozialistenversammlung unterbreitet werden.

Petersburg, 22. Februar. (B. H.) Das europäische Rußland war, wie der „Regierungsbote“ meldet, im Jahre 1897 vollständig frei von der Kinderpest. Letztere trat in Transkaukasien und zwar in den Gouvernements Tiflis, Zellsawetpol, Kutais, Griwan und Karz auf, hat jedoch dort infolge der getroffenen Maßnahmen an mehreren Stellen aufgehört und ist an den übrigen Stellen bedeutend schwächer geworden.

Tanger, 22. Februar. (Meldung des „Neuer'schen Bureau's“.) Die zu dem englischen Dampfer „Tourmaline“ gehörenden Personen, welche im Januar an der Südküste gefangen genommen waren, sind unter starker Bedeckung von Kavallerie und Infanterie in Gada, eine Tagesreise von Mogador, eingetroffen.

Sabana, 22. Februar. Während eines Bolles in einem Theater plakte eine Petarde. Vier Personen wurden schwer verletzt.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 22. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Ministerische v. d. Rede und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Etats des Ministeriums des Innern wird bei dem Kapitel „Landrätliche Behörden“ fortgesetzt.

Das Kapitel wird nach ganz unerheblicher Debatte bewilligt. Bei dem hierauf folgenden Kapitel „Polizei-Verwaltung von Berlin und Umgebung“ geht

Abg. Brömel (fr. Pa.) nochmals auf die Mißgriffe der Polizei ein. Es müsse die Schutzmannschaft in dem Sinne reorganisiert werden, das das Unteroffizierthum aufhören und den Schulanten das Bewußtsein beigebracht werden muß, daß sie den Bürger auch vor Unbill zu schützen haben. Die Zahl der unentdeckten Verbrechen ist in Berlin groß und die Fälle, in denen die Hausbewohner den Mörder der Polizei übergeben, kann die Polizei doch nicht für sich in Anspruch nehmen, als habe sie die Thäter ermittelt.

Hoffentlich bringt die Vermehrung des Personals hier Besserung. Zur Schilderung der Schwerefälle der Berliner Kriminalpolizei bringt der Redner einen Fall zur Sprache, wo die Polizei, obwohl sie auf die Spur des Täters, eines Kellners, der einen schweren Einbruch verübt hatte, aufmerksam gemacht worden war, diesen selbst dann noch eine Zeit lang für unschuldig hielt, als er später im Gefängnis die That einräumte. Ein anderer vom Redner vorgebrachter Fall betraf das Finden eines Armbandes in der Leipzigerstraße, dessen Annahme der Schutzmann ablehnte und dem Finder anheimgab, den Fund nach dem Revierbureau zu bringen. Diefelbe Antwort erhielt ein anderer, ein Bekannter des Redners, der ein Wortemonaie im Thiergarten fand. Für die Passage der Fußgänger im Wagenverkehr sorgen unsere Schulente in den Straßen garnicht. Sie verharren, namentlich die zu Pferde, in eiserner Ruhe; dem Publikum dienen sie wenig oder garnicht, jedenfalls nicht eifertig so, wie ihre Kollegen in Paris und London. Schließlich betont Redner die Nothwendigkeit einer Gehaltsverhöhung für die Schulente, die wenigstens nötig sei, wie die der Gendarmen, die von der rechten Seite des Hauses gefordert wird. Schon wegen des schwierigen Nachtdienstes, den die Schulente seit dem Aufhören des Dienstes der Nachtwächter haben übernehmen müssen.

Minister v. d. Rede: Ich bin weit entfernt, unsere Berliner Polizeiverwaltung für vollkommen zu halten; aber ich verweigere mich dagegen, daß aus einzelnen Vorkommnissen allgemeine Schlüsse gezogen werden. Die Zahl der unentdeckten Verbrechen wird übertrieben. Das allgemeine Urtheil des Abg. Brömel über die Schutzmannschaft, daß dort der Unteroffizierthum zu sehr herrsche, ist wohl übertrieben; derartige Fälle gebären doch zu den Ausnahmen. Sehr sympathisch berührt der Antrag auf Gehaltsverhöhung für die Schulente, doch wird in diesem Jahre die Sache nicht mehr zu erledigen sein; die Regierung hat die Sache bereits ins Auge gefaßt und wird dieselbe zum nächsten Etat erledigt werden können.

Abg. Dr. Arendt (fl.): Die Gehaltsverhöhung für Schulente ist bereits im vorigen Jahre angeregt worden. Die Verleihung von Stadtrechten an Schöneberg hat die polizeiliche Einheit Berlins und seiner Vororte gefördert und ein polizeiliches Groß-Berlin geschaffen. Redner wünscht ein einheitliches Einwohner-Meldewesen für Berlin und seine Vororte und bedauert, daß die Schulente, deren Hilfe man in Anspruch nimmt, oft erklären, sie dürfen ihren Posten nicht verlassen. Im übrigen hält er die militärische Bildung der Schulente für sehr zweckmäßig und er hofft, daß auch bei uns, wie in England das Publikum den Schulenten Beistand leisten wird. Schließlich tritt auch Redner für die Verbesserung der Schulente ein.

Regierungskommissar, Geh. Rath Lindig fündet die Anregung eines einheitlichen Meldewesens für Berlin und Vororte dankenswerth, die Anbringung der Telephonverbindung mit den Vororten sei bereits in Erwägung gezogen.

Abg. Brömel ist erfreut über die Rede des Ministers und hofft, daß dessen Wünsche sich in nicht ferner Zeit verwirklichen mögen. Abg. Groth (natl.) bittet den Minister, möglichst darauf Bedacht zu nehmen, daß die im Gemeinde-Polizeidienst der Stadt Kiel angestellten Beamten auf den Königl. Polizeidienst übernommen werden.

Regierungskommissar Geh. Rath Lindig erklärt, daß die Regierung diesen Wunsch möglichst berücksichtigen werde; sie nehme darauf Bedacht, daß die übernommenen Beamten in ihren Bezügen nicht geschmälert werden. Einige Wünsche in bezug auf Beibehaltung von Nebenemfängen zc. würden allerdings nicht berücksichtigt werden können.

Abg. Knebel (natl.) wünscht eine Aenderung der Gehaltsverhältnisse der Polizei-Wachtmeister dahin, daß künftig ein Schutzmann nicht bezwungen im Gehalt schlechter steht als sein Kollege, wenn er zum Wachtmeister avanciert ist. Für große Städte wünscht er die Einstellung bezrittener Schulente.

Geh. Rath Lindig antwortet entgegenkommend. Nach unerheblich weiterer Debatte wird der Etatsposten bewilligt. Bei dem Kapitel „Landgendarmarie“ liegen mehrere Anträge vor.

Ein Antrag v. Pappenheim (l.) geht dahin, die in den Etat eingestellten 12 Brigadiers mit 6-8000 im Durchschnitt 7000 M., so zu präfixiren: a) 6 Brigadiers in den Gehaltsklassen von 8000 bis 7850 M. mit der Charge eines Stabsoffiziers als Regimentskommandeur; b) 6 Brigadiers in den Gehaltsklassen von 6700 bis 6000 M. mit der Charge eines Stabsoffiziers als Bataillonskommandeur.

Ein Antrag Friedberg-Schreiber ersucht die Regierung thunlichst noch in diesem Jahre durch Nachtragsetat eine Gehaltsverbesserung der Landgendarmen herbeizuführen.

Dieser Antrag hat der Abg. Brömel (fr. Pa.) beantragt, auch die Schutzmannen in Berlin und in den Provinzen einzubeziehen. Ein weiterer Antrag v. Armin (l.) will die Regierung erlauben, eine Erhöhung der Dienstauswands-Geschädigung der Landgendarmen vom nächsten Etatsjahr ab herbeizuführen.

Bei der längeren Debatte hierüber bemerkt der Regierungskommissar Geh. Rath Döller, daß die Regierung eine Vorlage vorbereitet, betr. die Ausgleichung von Härten und Ungleichheiten in den Gehaltsverhältnissen der Unterbeamten. Die Anträge seien der Regierung sympathisch. Es halte bereits schwer, die Gendarmen-Balancen zu besetzen, obwohl man die Anforderungen an die Bewerber herabgesetzt hat; zum Theil sei das eine Wirkung der Unteroffizier-Prämien bei der Truppe. Es werde zu erwägen sein, ob eine ähnliche Einrichtung auch bei der Gendarmarie zu treffen ist.

Nach längerer Debatte, in welcher außer den Antragstellern auch die Abgg. v. Niepenhausen (l.), Paudmann (natl.) sich für die Anträge aussprechen und Minister v. d. Rede ebenfalls erklärt, daß die Anträge seinen Wünschen entsprechen, einigten sich die Antragsteller auf folgenden Wortlaut eines gemeinsamen Antrages: Die Regierung zu ersuchen, eine Verbesserung der Bezüge der Landgendarmen und der Schutzmannen in Berlin vom nächsten Jahre ab herbeizuführen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag v. Pappenheim und der Rest des Etats des Ministeriums des Innern ohne weitere Debatte.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Petitionen; Antrag Herold (3.) betreffend Uebernahme der Kosten für veterinär-polizeiliche Untersuchungen auf den Staat u. a.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Beratung des Extra-Ordinariums des Militäretats fortgesetzt. Die Forderung für ein Dienstwohnungs-Gebäude für den Militärgeistlichen in Straßburg i. El. wird abgelehnt, nachdem sich die Abgg. Gröber und Dr. Bieber dagegen erklärt haben. Der Kriegsminister hebt hervor, daß die Festungstädte nicht dauernd besetzt bleiben könnten; die engen Umwallungen hätten keinen militärischen Werth mehr und hinderten nur das Gedeihen der Städte. Die Forderungen werden hierauf bewilligt. Beim Extra-Ordinarium für Sachsen und Böhmenberg werden einige kleine Streichungen vorgenommen. Damit ist die Beratung des Militäretats erledigt. Die nächste Sitzung der Budgetkommission ist am Donnerstag, 24. d. M., anberaumt. Zur Beratung steht die Flottenvorlage in Verbindung mit dem Marine-Etat.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute von der mit der Vorbereitung beauftragten Kommission das Gesetz über die Verwilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser des vorigen Sommers herbeigeführten Beschädigungen in zweiter Lesung angenommen. Im ganzen wurden die Beschlüsse erster Lesung bestätigt. Nur wurde im § 1 lit. c auf Antrag des Abg. Graf Strachwitz gesagt: „an Gemeinden und Kreise zur Wiederherstellung und zur notwendigen Verbesserung ihrer beschädigten gemeinnützigen Anlagen“ u. s. w. Die gesperrten Worte sind nun eingesagt. Ferner wurde die Bestimmung bezüglich der Beiträge zu Genossenschaftsbeiträgen in folgender Form als besondere Nummer eingefügt: „A) an Reichverbände und Wassergenossenschaften zur Ausbringung der für das Jahr 1897/98 zu zahlenden Beiträge.“ Es wurde dabei zu Protokoll festgestellt, daß Kommission und Regierung einig darüber seien, daß diese Bestimmung sich nur beziehe auf die Beiträge für Privatdarlehen, welche die Genossenschaft aufgenommen, daß aber Darlehen des Staats oder der Provinz ganz außer Betracht bleiben. Das Gesetz im ganzen wurde einstimmig genehmigt.

Der Regierungskommissar gab darauf eine Darlegung der Art, wie die Regierung verfahren wolle, um die umfassende Organisations-Vorlage vorzubereiten. Sie will dabei in betracht ziehen Thalsperren zur Abhilfe der Ueberschwemmungs-Gefahr, Stauungen im Interesse der gewerblichen Ausnutzung der Wasserkräfte und Wahrgelien forstlicher Natur. Es kommen sieben Flüsse in betracht: Spree, Lausitzer Neiße, Bober, Rahnach, Weistritz, Gläher Neiße mit Hohenpöpel. Es handle sich darum, technische Unterlagen für die Vertheilung der Maßnahmen bezüglich ihrer technischen Durchführbarkeit und bezüglich der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit in Rücksicht der entstehenden Kosten zu beschaffen. So würden für den Bober 3. B. Thalsperren einen Kostentrag von 14 Millionen Mark erfordern. Ueberhaupt würden 114 Thalsperren in betracht zu ziehen sein. Die Regierung hoffe im Herbst die Kosten übersehen zu können.

Dem Abgeordnetenhaus sind Nachweisungen der Staatsbeihilfen zugegangen, welche aus den Fonds zur Förderung des Pausen von Kleinbahnen und landwirtschaftlichen Getreidelagerhäusern bis Ende 1897 bewilligt bzw. in Aussicht gestellt worden sind.

Lokales.

Die Parteigenossen des 1. Wahlkreises werden um regen Besuch der am Donnerstag Abend bei Wörtschel, Jägerstr. 85/86, stattfindenden Wahlvereins-Versammlung gebeten. Mitglieder werden sowohl in der Versammlung, als auch in folgenden Ziffernlisten aufgenommen: W o l l, Klosterstr. 101; B r e u b, Neue Friedenstr. 20; S o m m e r, Gränstr. 21; W ö r t s c h e l, Jägerstr. 85/86. (S. Annonce.) Der Vorstand.

Zur Lokalliste. Auf verschiedene Anfragen diene zur Nachricht, daß das Establishement Suggenhausen am Vorichplatz, welches sich jetzt im Besitze der Kaiser-Brauerei A. G. Charlottenburg befindet, zu Versammlungen nicht zu haben, von der Arbeiterkassette Berlin, also bei jeder Gelegenheit auf strengste gemieden werden muß. Ebenso verhält es sich mit den Feststätten im Luisen-Theater, Reichensbergerstraße 84; die Direktion des Theaters gestattet dem Dekonom angeblich nicht, seine Säle zu Versammlungen herzugeben. Auch die Verolina-Festhalle, Schönhauser Allee 28 (Zah. Järböck u. Komp.) sind gesperrt aus oben angeführten Gründen. Die Vereine namentlich werden nochmals dringend aufgefordert, ihre Vergnügen nur in den Lokalen abzuhalten, welche auf der Lokalliste verzeichnet sind. Der nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Verein Berliner Hausdiener veranstaltet am 26. d. M. in der Philharmonie, welche bekanntlich für Vereine gesperrt ist, einen Maskenball, die Siemens'sche 50 Pf.-Sparrasse ebenfalls am 26. d. M. in dem gesperrten Lokal „Hohenzollernsäle“, Bantelstraße, und ferner die Gesangsvereine „Harmonie“, „Frohstimm“ und „Doppelquartett Nr. 1“ am 26. d. M. in den neuen Sälen des alten Ostbahngebäudes. Die Genossen werden ersucht, Willkür zu diesen Vergnügen zurückzuweisen und von derartigen Veranstaltungen fernzubleiben. Die Lokalkommission.

Daß die Berliner Verkehrsgesellschaften durch die Herabsetzung der Fahrpreistarife keinen Schaden erleiden, dafür liefert der Jahresbericht pro 1897 der Großen Berliner Verkehrsbahn-Vereinigung, dieses großkapitalistischen Musterinstituts, einen vollgiltigen Beweis, wie er auch in bezug auf Verkehr und Großbetrieb manche recht interessante Momente bietet. Wie aus demselben zu ersehen ist, beförderte im Jahre 1897 die Gesellschaft insgesamt 15 870 000 zahlende Personen und wurden 94 164 305 Wagenkilometer zurückgelegt. Dafür vereinnahmte die Gesellschaft 16 968 391 M. Obgleich nun infolge der Tarifherabsetzung sowohl, als auch infolge der Vermehrung der Linien der Auftrieb seit dem Jahre 1879 von 73 Pf. auf 49 Pf. pro Wagenkilometer zurückgegangen ist, betragen dennoch im Jahre 1897 die gesammten Einnahmen 17 854 338 M., das sind 48 117 M. mehr als im Vorjahre! Die gesammten Ausgaben dagegen beliefen sich auf 9 145 155 M., so daß ein Ueberschuß von 8 209 183 M. verblieb, das sind 48 708 M. mehr als im Vorjahre! Man sieht, die Gesellschaft ist bei ihren ermäßigten Tarifen keineswegs schlecht gefahren! Allerdings sind auch diese goldenen Rosen nicht ohne Dornen, und geht von dem Achtmillionen-Ueberschuß in Gestalt von städtischen Abgaben, Aufwendungen für Pflasterungsarbeiten zc. ein nicht unerheblicher Abstrich ab; immerhin verbleibt aber als Reingewinn das nette Sümmechen von 3 811 807 M. Davon werden als Lohn für ihre mühevollen Arbeit der Direktion und den Gesellschaftsbeamten an Contingenten 1 865 533 M., dem noch schwerer arbeitenden Aufsichtsrathe 133 307 M. gezahlt, während den am schwersten arbeitenden Aktionären eine Dividende von 16 Prozent in die unergänzlichen Taschen fließt. Die Kleinigkeit von 72 867 M. wird auf neue Rechnung gesetzt. Und alles dies trotz Herabsetzung der Fahrpreistarife!

Von dem gewaltigen Umfange dieses großkapitalistischen Betriebes erhält man ein Bild, wenn man erfährt, daß zu Ende des Jahres 1897 im Dienste der Gesellschaft 4560 Menschen standen, daß das Wagenmaterial 261 Deckfährer, 457 Zweifährer, 368 Einspänner und 55 Motowagen, zusammen 1161 Wagen, der Pferdebestand 6345 Stück betrug und der Grundbesitz der Gesellschaft 268 196 Quadratmeter umfaßte!

Von Interesse ist auch die angeführte Thatsache, daß der elektrische Betrieb sich auf den Oberleitungslinien durchaus bewährt hat und daß im Innern der Stadt in einer Ausdehnung von 20 Kilometern Akkumulatorenbetrieb eingeführt werden wird. Vergleichen wir nun das in Vorstehendem kurz skizzierte Bild blühendsten Großkapitalismus in seiner ganzen vollendeten Schönheit, so erscheint wohl die bescheidene Anfrage berechtigt: Warum werden die Interessen der Angestellten und des Publikums nicht nach Gebühr berücksichtigt und warum wird vor allem dem berechtigten Verlangen nach Einführung des Zehnpennig-Zarifs noch nicht stattgegeben?

Verkehrsnachrichten. Auf Antrag der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft hat die städtische Verkehrsdeputation die Genehmigung zur Anlage eines zweiten Geleises für die Linie Rollenmarkt-Weißensee auf der Strecke vom Alexanderplatz bis zur Dänzigerstraße, und zwar in der Neuen Königstraße und Grotzowalderstraße, ertheilt. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn beabsichtigt nach Fertigstellung der Neubautrassen auf Schöneberger Gebiet und der Kolonnenbrücke vom 1. März d. J. ab die Linie Schleißisches Thor, Groß-Schönhauserstraße via Schöneberg, Hauptstraße, Kaiser Wilhelm-Platz, Kolonnenstraße nach der Kolonnenbrücke zu betreiben. Signal: Halb grün, halb weiß. Die Gesellschaft hat hierzu die Genehmigung der zuständigen Behörden nachgesucht. Der Preis für die ganze Linie soll 25 Pf. betragen.

Eine Liste nicht empfehlenswerther Hausbesitzer stellt der Verein Berliner Wohnungsmiether auf gegenüber der von den Berliner Hausbesitzervereinen herausgegebenen Liste nicht empfehlenswerther Miether. Die Anmeldungen sind, wie berichtet wird, schon zahlreich eingegangen, auch aus den Vororten, auf die der Berliner Mietherverein statutenmäßig seine Thätigkeit ebenfalls erstreckt.

Der Polizeilieutenant Sakonshy, der kürzlich 30 Gastwirthle nach dem Bureau des 1. Polizeiviertels beordert und ihnen Befragung in Aussicht stellte, falls sie Schulanten in Uniform Getränke verabfolgten, ist nach dem 94. Revier veretzt. In seine Stelle ist Polizeilieutenant S c h e n k getreten.

Die „elektrischen Kurse“ für künftige Straßenbahn-Bauunternehmer und solche, die es werden wollen, haben vorgestern auf den Höhen Rüterberger und Mautensfelstraße der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft begonnen.

Die Direktion des Märkischen Provinzial-Museums hielt gestern Vormittag unter Vorsitz des Stadtraths Friedel eine Sitzung ab, in welcher Stadtbaurath Hoffmann seine Entwürfe zum Neubau des Märkischen Provinzialmuseums und den bezüglichen Kostenanschlag von 1 511 000 M. vorlegte. Die Direktion genehmigte einstimmig die Vorschläge des Bauvaths.

Die Pflasterungsliste für das Jahr 1898/99 ist vom Magistrat nach den Vorschlägen der städtischen Tiefbau-Deputation festgestellt worden.

Ein hiesiger Sportverein hat die Kühnheit gehabt, in einer Petition zu verlangen, daß ein Theil des Thiergartens der öffentlichen Benutzung entzogen und zu einem Tunnelplatz für Sportsegen hergerichtet werde. Sollte die ernstgemeinte Hoffnung der Petente in Erfüllung gehen, so würde dies wohl selbst in dem „gutgesamten“ Theil der Bevölkerung lebhafteste Enttäuschung hervorrufen.

Gegen die Patrioten, welche ständig den aufziehenden Wachen mit Pfaffen und Zohlen voranziehen, trifft die Polizei jetzt, wie die Blätter mittheilen, energische Abwehrmaßnahmen. Man sieht jetzt an der Spitze der Wachen zwei berittene Schutzmannen, links und rechts neben den Spielenten je einen Schutzmann zu Fuß und noch mehrere solche an der rechten Seite der Truppen. Bei Ueberschreitung von Straßen werden diese für die unwillkommenen Begleiter abgepöbel. Wenn die Blätter jedoch berichten, daß diese Maßnahmen infolge des neulich von uns gemeldeten Vorfalles getroffen sind, bei welchem dem Regimentstabmonte des Kaiser Franz-Regiments sich einen „jungen Burche“ durch einen Schlag mit seinem Stab „abzweckern“ gezwungen war, so muß gegen diese Art von Darstellung entschieden protestirt werden. Der „junge Burche“ war ein ausländischer Mann, der nichts mit dem Stolzenpatriotismus gemein hatte und durchaus unschuldig zu der Verletzung gekommen war.

Irrenhaus und Armenpflege. In Sachen Rothenburg hat der Vormund der Frau Baumeister M. an die städtische Armenverwaltung das Gesuch gerichtet, im Hinblick auf die großen Ausgaben, die seiner Pflegebedürftigen aus den Prozessen erwachsen, beim Magistrat die Erhöhung der ihr bewilligten Unterstüzung von 40 M. auf 100 M. zu beantragen. Mag man über die Berechtigung dieses Antrages denken, wie man will, jedenfalls erregt der hierauf eingegangene Bescheid einiges Kopfschütteln. In demselben wird nämlich mit Wiederanahme der Anstaltspflege gedroht, falls eine höhere Unterstüzung weiterhin verlangt werde. Als Anstaltspflege kommt, wie bekannt, die Irrenanstalt Herzberge in betracht. Dorthin gehört aber die Bittstellerin offenbar nicht, da ihr Gesundheitszustand sich nicht verschlechtert, und eine ärztliche Untersuchung bis heute nicht wieder stattgefunden hat. Das wäre ja eine schöne Aussicht, wenn man unbehagliche Kranke einfach ins Irrenhaus stecken dürfte.

Einen schweren Schaden hat die Wittve Kueynski, Al-Moabit 50, die in der Kronenbrauerei als Garderobiere angestellt ist, durch eine Garderoberverwechslung erlitten. Bei dem am 12. d. M. abgehaltenen Fest des Vereins „Sangesbrüder“ vertauschte sie einen Paletot nebst Hut, für die man sie jetzt haltbar macht. Vielleicht trägt diese Mittheilung dazu bei, daß die armen Wittve die vertauschten Kleidungsstücke wieder zugesüht und sie so vor schwerem Schaden bewahrt werde.

Beim Wachen von Fastnachtspausen wurden gestern Mittag in der Bäckerei Dresdenerstr. 104 die Gefellen Hobus und Kobus schwer verletzt. Das aufziehende Fell verbrannte die bedauernswerthen Leute im Gesicht und an den Händen in schrecklicher Weise. Die Saniriter der alanzischen Feuerweh und zur Stelle geholte Nerzle legten den Verunglückten den ersten Verband an.

Zeit einiger Zeit wurden in verschiedenen Stadttheilen hieselbst sowie in den Vororten eine Menge von Eubrüchen angefaßt, bei denen es auf die in abgelegenen Komptoirs stehenden Geldschränke abgesehen war. Die Schränke wurden, unter großer Kraftanwendung geöffnet und ihres Inhaltes beraubt, später vorgefunden. Als Thäter wurden von der Kriminalpolizei die „Arbeiter“ Sch. B. und A., von denen der letztere in einem Vororte ein schunghaftes Grünfranggeschäft betrieb, ermittelt und zur Haft gebracht. Dieselben haben die ihnen zur Last gelegten Einbrüche eingeräumt und angegeben, daß jedesmal einer von ihnen mit geladenem Revolver den Aufpasser gespielt habe, um etwa in den Weg kommende Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Auch führten dieselben noch mehrere Schußwaffen, darunter eine Stodflinte, bei sich.

Ueber einen seltsamen Fall von Vergiftung wird berichtet: Das 24-jährige Fräulein Margarethe Ziffer, welche mit ihrem Vater im Hause Chausseest. 72 wohnte, litt an Ohnmachtanfällen und befand sich am Sonntag vor acht Tagen in einem Zustand von halber Bewußtlosigkeit. Der Vater war mit Hilfe der Wirthschafterin bemüht, es mittels Salmiakgeists wieder zu sich zu bringen. Da das Mädchen nicht still dalag, sondern mit den Armen Bewegungen anfaßte, so gerieth, ohne daß den um die Ziffer besorgten Personen daraus ein Vorwurf zu machen wäre, ein Theil des angewandten Mittels durch die Nase in die Luftröhre und Lunge. Die Folge war, daß sich eine Vergiftung einstellte. Margarethe Ziffer wurde nach dem Augusta-Hospital gebracht und ist dort jetzt gestorben.



**Briefkasten der Redaktion.**

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.  
**Die juristische Sprechstunde findet bis zum 3. März am Montag, Donnerstag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt.**  
**Vornemann, Chauffeurfrage.** Derartige Mitteilungen müssen durch Ihre Organisation bestätigt sein.  
**G. Th.** Solche Mitteilungen nehmen wir nur, wenn der Vertrauensmann besonderen Anlaß findet, sie abzustempeln.

**S. S. Th. Glöck. Erped. des „Vorwärts“, Benthstr. 3.**  
**H. S. 43.** Die Adresse lautet: Viktor Gräfer, Brafil, Sao Paulo, Cia. Mechanica, Rua do Triunpho.  
 Einige andere Zuschriften, die an uns in dieser Angelegenheit kommen, müssen als erledigt gelten.  
**Genosse G.** Wir übergeben Ihre Zuschrift dem Abg. Weber, welcher sie in geeigneter Weise benutzen wird.  
**H. S. Kollendorferfrage.** Der Präsident Krüger ist am 10. Oktober 1895 im District Coladberg in der Kapkolonie geboren. Bei der ersten Boerenauswanderung aus der Kapkolonie im Jahre 1837 verließ er die britische Kolonie.

**H. S. 5.** Wie lautet der Wortlaut des Vertrages bezüglich Gabe des Lehrvertrages und der Kündigung? — **Alter Abonnent 1884.** Mit dem Ablaufe von 2 Jahren verfahren die Forderungen: der Fabrikanten, Kaufleute, Handwerker u. s. w. für Arbeiten und Waaren; ausgenommen hiervon sind solche Forderungen, welche in Bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers der Waare oder Arbeit entstanden sind. — **Bernau 99.** Ja. — **H. S. 36.** War bereits ein fester Mietvertrag geschlossen? — **17 G. 23.** Zu 1: Nein, sofern nicht nachgewiesen wird, daß Sie inzwischen Vermögen erworben haben. Zu 2: Ja. Zu 3: Ja, sofern keine richterliche Handlung deswegen erfolgt ist. Zu 4: Ja. Zu 5: wie zu 3.

Proben  
und Preislisten  
portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung  
Berlin W.,  
Leipzigerstr. 132/33.

**Tapissserie-Artikel**

Vorgezeichnet:  
**Tabletdecke** mit Fransen 15, 20, 30 Pf.  
 „ „ mit Hohlraum 18, 25, 30 Pf.  
**Rüchen-Handtücher** weiss 75, grau 60 Pf. u. 1,10 M.  
**Stuben-Handtücher** mit Hohlraum 70 Pf. u. 1,10 M.  
**Besen-Handtücher** 1,55 M.  
**Rüchentisch-Decken** 90 Pf.

Fertig gestickt:  
**Schlüsselbrett** 85 Pf.  
**Postkartenständer** 75 Pf.  
**Aschbecher** 55 Pf.

Vorgezeichnet:  
**Tischläufer**, weiss, mit Hohlraum 1,05 u. 1,65 M.  
 „ „ Filz 80 Pf. u. 1,50 M.  
**Bestecktaschen** Filz 1,20, Segelleinen 1,45 M.  
**Rollkorb-Decken** 70 u. 95 Pf.  
**Marktnetze** 85 Pf. **Filzkissen** 2,80 M.  
**Klammerschürzen** 38 Pf. u. 1,15 M.

**Taschentücher** weiss gestickt Stück 28 Pf. weiss, Reinleinen gestümt Dtz. 4,35 u. 5,50 M.

**Warenhaus A. Wertheim**

**Typographia.**  
 Heute Mittwoch Übungsstunde.  
 9656 Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse**  
 der Schneider, Schneiderinnen  
 u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Am 25. Februar 1898 wird das  
 Kaffeefest von der Stabschreiberei 30  
 nach der Seydlerstr. 21 vorn 1 Tr.  
 verlegt. 9656

**Kupferschmiede!**  
 Unterstützungsverein  
 der Kupferschmiede Deutschlands  
 (Zentrale Berlin).

Sonnabend, den 26. Februar, in  
 Freund's Salon, Benthstr. 11, abends  
 punkt 9 Uhr:

**Ausserordentliche  
 Versammlung.**

Tagesordnung:  
**Katze 3. Generalversammlung.**  
 Nicht eines jeden Mitglieds ist es,  
 in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 99/4 Der Vorstand.

**Turnerschaft d. Vereins  
 „Nereus“**

(Mitglied d. Arbeiter-Turner-Bundes).  
 Turnhalle Reichensbergerstr. 131/32  
 Männer-Abteilung:

Donnerstag und Freitag 8-10 Uhr  
 Lehrkurs-Abteilung: 9356  
 Mittwoch u. Sonnabend 8-10 Uhr.  
 Gasse u. neue Mitglieder sehr willkommen.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein  
 „Berlin“.**

Donnerstag, den 24. Februar 1898,  
 abends 7 1/2 Uhr: 11/4

**Haupt-Versammlung**  
 bei Wille, Andreestr. 26.

Vortrag des Gen. R. Kiesel: Die  
 Presse und ihre Bedeutung für die  
 Arbeiterbewegung. Der Vorstand.

**Bücher-** Ankauf- u. Beleihung  
 Lexika von Meyer und  
 Brockhaus, Klassiker und andere  
 werthvolle Bücher u. Bibliotheken  
**Antiquariat, Kochstr. 56.**

**Destillation,** Gase, gangb., mehrere  
 Jahressummen. Serine,  
 fruchtighalber sofort zu verkaufen.  
 Zu erfragen: Weinberg, Andreestr. 34

**Betten** Stand 10,00, Randar. Daun-  
 2,50, Weisfeden, Stropf, Bett-  
 wäsche, Gardinen, Spott. Bettenhaus  
 Reuberstr. 8.

**Zahlung** monatl. 10 M. und  
 gegen baar liefert  
 faubere Herren-Garderobe  
 Temporärdi. Albenstr. 37, 1.

**Dr. Lehmig,**  
 Spezialarzt f. Haut u. Haut-  
 weingeschwüre und Lupus.  
**An der Stadtbahn 24,**  
 (am Bahnhof Alexanderplatz.)  
 Sprechst. 9-12 und 3-6.  
 Freitag keine. 40810

**Poliklinik:** Montag, 9-10 1/2  
 Donnerstag, 9-10 1/2

**Eine Zuckerin-Tablette**

zu 2 Pfennig

ist so süß, dass der Süßwerth von  
**1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig**  
 kostet. 1 Liter Kaffee zu versüssen kostet  
 nur 1 Pfennig.

Man verlange ausdrücklich „Zuckerin“-Tabletten,  
 deren Echtheit an der gesetzlich geschützten  
 gezielten Form zu erkennen ist.

Zu haben bei:  
**Berlin N.**  
 Central-Drogerie Dr. E. Kuhlmann, Friedrichstr. 121.  
 G. A. Hesterberg, Elsassstr. 97 und Luisenstr. 39.  
 Aug. Schönebeck, Zehdenikerstr. 1. P. Recollin,  
 Reinickendorferstr. 26a. H. Boesfeld, Reinickendorferstr.  
 14 und 29. Hugo Schultz, Müllerstr. 106a.  
 Werner Kapell, Brunnenstr. 118. Albert Bamhold,  
 Prinzen Allee 18. Albert Haseloff, Wriezenerstr. 30 und  
 Biesenthalerstr. 15. Hermann Schudziars, Exerzier-  
 strasse 22. Albert Jung, Wörtherstr. 39 und 28. Hugo  
 Staab, Marienbad-Drogerie, Badstr. 45/46. F. W. Helm-  
 holz, Templinerstr. 7.

**Berlin NW.**  
 Hoffmann & Schinke, Thurmstr. 77. Sally Fabian, Dro-  
 g. z. Burggrafen, Bachstr. 11. Rudolf Fink, Thurmstr. 10.  
 E. Klöber, Stromstr. 62. Emil Hauke, Bantelstr. 11 und  
 Droysestr. 18. Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 88.  
 Hermann Gornick, Rathenowerstr. 79.

**Berlin W.**  
 J. C. F. Schwartz, Leipzigerstr. 112. Curt Winger,  
 Markthalle, Mauerstr. W. Marzahn, Potsdamerstr. 10.  
 F. L. Harnisch, Potsdamerstr. 22. G. Wendler, Matthäi-  
 kirchstr. 10. A. Freitag, Potsdamerstr. 82. Lützow-  
 Apotheke, Lützow-Platz. Eugen Gowan, Linkstr. 37.

**Berlin SW.**  
 Heinrich Rottmann, Blücherstr. 15. Paul Löschen, Für-  
 bringerstr. 18. W. Richter, Halleschestr. 15. H. Cille  
 Nachf., Kommandantenstr. 39.

**Berlin S.**  
 Hugo Wolter, Kottbuserdamm 42. O. Knauth, Kom-  
 mandantenstr. 30. W. Ebel, Prinzenstr. 6 u. Gitschiner-  
 strasse 58. R. Senbe, Alte Jakobstr. 71. Albert Gehrke,  
 Bärgwaldstr. 53.

**Berlin SO.**  
 J. Schulze, Lausitzerstr. 5/6. A. Poggow, Reichen-  
 bergstr. 53, Reichenbergerstr. 1, Kottbuserstr. 4a  
 und Görlitzerstr. 66. Gustav Wittig, Pücklerstr. 41  
 und Eisenbahnstr. 41/42. A. Wegener, Muskauerstr. 13.  
 Theodor Lott, Manteuffelstr. 119.

**Berlin O.**  
 Adolf Wolff, Holzmarktstr. 68. Theater-Drogerie, Wallner-  
 theaterstr. 18. F. Kornstadt, Blumenstr. 14. H. Schmidt,  
 Andreestr. 77b.

**Berlin C.**  
 Fr. Schulz, Alte Leipzigerstr. 16. R. Daur, Kaiser  
 Wilhelmstr. 47.

**Charlottenburg.**  
 Ad. Schilder, Pestalozzistr. 10. E. Zimmerling, Kant-  
 strasse 150a.

**Gr. Lichterfelde.**  
 H. Kuhnert, Drakostr. 56a und Dahlernerstr. 77.  
 E. L. Grothe, Jungfernstieg 4.

**Reinickendorf.**  
 G. Sonnenstuhl, Provinzstr. 105.

**Pankow.**  
 Hugo Lautenbach, Wollankstr. 135. Gebr. Hartung,  
 Breitestr. 15.

Wir haben in unseren **Joachimstr. 11, Hof parterre**, belegen Räumten einen

**Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen**

aller Sorten Rind-, Hammel-, Kalb- u. Schweinefleisch, sowie Wurstwaren  
 bester Qualitäten eröffnen.

**E. Bressler & Co., Joachimstrasse No. 11,**  
 Commandit-Gesellschaft,  
**Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren mit Dampftrieb.**

Engros. Export. Detail.

Im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“  
 ist soeben erschienen und durch uns zu beziehen:

**Marineforderungen,  
 Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen.**

Von Parvus.  
 — Preis 25 Pfennig. —  
 Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen  
 Buchhandlung Vorwärts.

Sonntag, den 27. d. Mts., vorm. 10 Uhr, Andreestr. 26:  
**Oeffentliche Versammlung  
 der Brettschneider u. Bretterträger.**

**Vorsicht!**

ist geboten beim Einkauf von Waschlmitteln.  
 Das beste, billigste und drapenische Waschlmittel der Welt  
 ist und bleibt

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
 (Schutzmarke „Schwan“).

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und  
 Kolonialwarenhandlungen.

**W. Noack's Festsäle, Brunnenstr. 16,**  
 sind Sonnabend, den 26. März, frei geworden.

Außerdem empfehle **Sonnabende** im Monat April und Mai.  
 Schöne große Theater-Bühne. Coulaute Bedingungen. 1568b

**Ginsegnungs-Muzüge**

in blau u. schwarz Rammingarn u. Ghervot zu sehr billigen, aber festen Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:  
**Verkauf frisch gel. schw. persl. und finn. Fleisches.**  
 Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an,  
 Schweinefleisch . . . 40 Pf. 14041L

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Bühne v. 2 Markt event. Theil-  
 zahlung. \*  
**Olga Jacobson, Zinobildstr. 145**

**Dr. Simmel** Horstplatz,  
 i. Haus v. Aschinger  
 2 Treppen rechts.  
 Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Gutsdigung erhalten Vereine,  
 Bergammlungen etc., die Wochentags  
 (auch Sonnabends) m. Sälen 100-800  
 Pers. (u. Bühne) benutz. Franz Müller,  
 Central-Feistale, Alte Jakobstr. 32.

2 Vereinszimmer sofort zu ver-  
 geben. **Paul Zimmermann,**  
 429-430\*  
 Wriezenerstr. 8, 8. Etz.

Betten, Gardin, Bettwäsche, Kuzüge,  
 Remont. Uhren, Regulator,  
 Spottbillig Pfandleihen Andreestr. 6.

**Grünauerstr. 3** Wohnungen, 60 bis  
 86 Zitr. u. 1. Worfl.  
 Best. Schlafstelle für anst. Mädchen  
 Böhmerstr. 21, 2 Tr. 9655

**Arbeitsmarkt.**

**Mätzung, Holzarbeiter!**

In der Sautischerlei von Karl  
 Winkel, Belle-Alliancestr. 82,  
 haben 15 Mann wegen Unzufriedenheit  
 die Arbeit eingestellt. Bezug ist feru-  
 zuhalten. 77/18

**Starton-Zuschneider**  
 verlangt 9616  
**Max Riehn, Roppenstraße 60.**

**Lüdtige Schlossergesellen**  
 suchen **Otto Grund & Co.,**  
 9006) Getraudenstr. 1.

**Farbigenmacher** auf Seiden verlangt  
 Schuly jun., Rixdorf, Selchowstr. 4.  
 Selbständige Plattierer wird ver-  
 langt Andreestr. 24 im Laden. 9625

**Tücht. Belegerrinnen** verl. Ver-  
 meier, Brunnenstr. 194. 9215

**Zuschneider**

für eine Korkfabrik in Wien  
 werden aufgenommen.  
 Mariano Duran y Castilla,  
**Wien, VI, Nagelsackstr. 88.**

**Einpader** für Goldleihen verl.  
 Andreestr. 10. 9525  
 Suche für meinen 15-jährigen Sohn  
 Lehrlingsstelle als Zimmermann.  
**Bredendach, Gerichtstr. 17.**

**Farbigenmacher**, der auch verfilbern  
 kann, findet händige Arbeit bei 9540  
**Emil Sonnen, Georgenkirchstr. 51.**

Ein tüchtiger  
**Polsterer u. Dekorateur**  
 erhält dauernde Stellung. 43009\*  
**Friedr. Leidiger, Luisenpark.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Mittwoch, den 23. Februar.**  
**Opernhaus.** Lobelanz. Die Rufe von Schiras. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Das große Gemd. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Karcis. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Sein Fried. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königs.** Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Chend.** Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.  
**Goethe.** Hans Dudenbein. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Anfang 8 Uhr.  
**Unter den Linden.** Fatiniga. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Gedicht. Die kleinen Dämmer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Die Zugenfälle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ennen.** Von Stufe zu Stufe. Roster Hercules. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmshütten. Die kleinen Jagabunden. Anfang 8 Uhr.  
**Welle-Rilance.** Im Dienst. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Berlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
**Invalldenstr. 57/62.** Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Beiträge.  
**American.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Kyolla.** Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reen-Palast.** Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Vollage.** Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

**Shiller-Theater**  
 (Waller-Theater).  
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Wallenstein's Lager. Piccolomini.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.  
 Freitag, abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.

**Ostend-Theater.**  
 Nr. Franzfurterstr. 152. Dir. G. Weich.  
 Novität! Zum 3. Male: Novität!  
**Unter der Polarsonne.**  
 Kitzliches Unterhaltungsstück mit Gesang und Tanz von Sondermann und Blichoff. Gesangsdirig. von J. Dill. Musik von G. Schüller.  
 Anfang 8 Uhr. — Im Tunnel von 7 Uhr an: Frei-Konzert.  
 Morgen und folgende Tage: Unter der Polarsonne. — Sonntag Nachmittag: Leben und Lieben.

**Central-Theater**  
 Alle Jakobstr. 30.  
 Direktion Richard Schultz.  
 Mittwoch, den 23. Februar 1898:  
**Emil Thomas u. G.**  
 Zum 3. Male:  
**Die Zugenfälle.**  
 Besteckte Lustspielkomödie in Gesang und Tanz in 4 Akten von Jul. Freund und E. Wonnshüt.  
 Musik von Jul. Einödhofer.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen und die folgenden Tage: Die Zugenfälle.

**Luisen-Theater**  
 34. Reichenbergerstr. 34.  
 Abends 8 Uhr:  
**Von Stufe zu Stufe.**  
 Abendstück mit Gesang in fünf Akten von Hugo Müller. Musik von R. Bial.  
 Hierauf: **Monieur Gerles.**  
 Schwan in 1 Akt von Georg Veltz.  
 Donnerstag, zum ersten Male: Die Züge der Hausfrau. Volk mit Gesang in drei Akten von G. Carl.  
 Musik von Fritz Krause.  
 Text Klein: Anna Müller-Einde.

**Maehr's Theater**  
 Oranien-Strasse 24.  
 Täglich:  
 Theater und Spezialitäten.  
 Hofoper Erfolg von  
**Die Radel- und Radelmadel.**  
 Volkstück mit Gesang in 2 Akten von Eugen Frey. Musik v. Otto Tieke.  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

**Voranzelge.**  
**Aschanti**  
 und  
**Javaner.**

**Urania**  
 Taubenstr. 48/49.  
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. — Wissenschaftliches Theater. — Invalldenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panopticum.**  
 Letzte Woche Ben Ali Bey, der orientalische Magier und die 8 lustigen Wienerinnen.

**Castan's Panopticum.**  
 Friedrichstr. 165.  
**Neu!!** Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.  
 Das **BÄRENWEIB.**

**Volks-Theater**  
 im Welt-Restaurant  
 97. Dresdener-Strasse 97.  
 Großer Erfolg!  
**Die Möbelpolnais.**  
 Uikom. Gesangsposse von O. S. Koeder.  
**Gustl Ebner,** oberbairischer Schupplattler und National-Tänzer.  
 Im vorderen Saale:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**  
 Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen-Theater.**

Leipzigstrasse 77.  
**Brillantes Programm!**  
 Grösster Reizfall!  
**Prof. Ordep's** Hundo-Circus.  
 Die vorzögl. Kopf-Equilibristen fin de siècle **The Menados.**  
 Die reizende Soubrrette **Flora Fleurette.**  
 Die urdrasilische Pantomime: **Ein ruhiges Zimmer zu vermieten!** (Zum Todlachen!)  
**Harry Allister,** Mimiker.  
 30 Kunstkräfte.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Im Reichshallen-Tunnel  
 Konzert und humor. Soirée.  
 Mittwoch: **Bockbier-Fest.**

**Quarg's**  
 Vaudeville-Theater  
 Grand-Hotel Alexanderplatz.  
 Nur noch 5 Vorstellungen  
 bei den  
**1. Original-Budapestern.**  
**Joekl Geiger**  
**Der Beheme.**  
 Avis! Sonnabend, 26. Febr., geht das Vaudeville-Theater geschlossen. Dafür letztes Gastspiel im Reichshallen-Theater.

**Apollo-Theater.**  
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.  
 Granto u. Mand. Les Senett's.  
**La Loie Fuller**  
 The Milons Mr. Arvey  
 und  
**80 hervorragende Künstler.**  
 Kassenöffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

**Feen-Palast**  
 22 Burgstrasse 22.  
 Täglich:  
**Spezialitäten-Vorstellung**  
**Das radelnde Berlin**  
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.  
 Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

**Concerthaus**  
 Leipzig-Str. No. 45  
 Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
 und **Humoristen.**  
 Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.  
**Avis!** Um den überaus zahlreichen Wünschen nachzukommen, findet am **Sonabend, den 26. Februar,** eine nochmalige Gratis-Vorstellung des Textes von **„Vene, liebe Vene!“**

**Voranzelge.**  
**Asien**  
 und  
**Afrika.**

**Alcazar-Theater.**  
 Dresdenstr. 52/53 (City-Passage) Kinnichstraße 42/43.  
 Direktion: Richard Winkler.  
 Sornepfänger Familien-Kaufhaus.  
 Zum 5. Male:  
**Die Kunst geliebt zu werden.**  
 Liebespiel in 1 Akt von F. Gumbert.  
 Vortr.:  
**Das Schwert des Damocles.**  
 Schwan in 1 Akt von G. v. Püttlich.  
 Auftreten sämtl. Kunst-Spezialitäten.  
 Wochentags 8 Uhr.  
 Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr.  
 Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugsplätzen an Wochentagen giltig.

**Neues Olympia-Theater.**  
 (Circus Ronz.) Karlstrasse.  
**Bolossy Kiralfy's**  
**Konstantinopel.**  
 Grösste Sensation Berlins.  
**Neu!**  
 Im 3. Bild: „Alt-Wien“  
 Neue humorist. Spezialitäten-Revue.  
**Wiederauftreten der**  
**The jolly british girls.**  
**Sensationell!**  
 Im letzten Bilde: Constantinopel  
**Feuer-u. Flammentanz,**  
 ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Personal.  
 ca. 1000 Mitwirkende.  
 Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.  
 Nachm. 1 Kind frei.

**W. Noack's Theater**  
 Brunnen-Strasse 16.  
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Gr. Extra-Theatervorstellung**  
**Eine Berliner Waschfrau**  
 oder: **Müller u. Müller.**  
 Schwan mit Gesang in drei Akten.  
 Vortr.:  
**Verprechen hinterm Herd.**  
 Singpiel in einem Akt.  
 Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Konzert-Sanssouci**  
 Kottbuser Strasse Nr. 4a.  
 Sonntags, Dienstags, Donnerstags  
 Im wunderschönen Monat Mai.  
 Liebespiel in 1 Akt von Görner.  
**Sperling & Sperber.**  
 Schwan in 1 Akt.  
**Neu!** Tom Tam, die lustigen  
**Neu!** Schmeisen; Brothers Lange,  
**Neu!** akrobat. Clowns; Gustav  
**Neu!** Ross, Komiker.  
 Entree 30 Pf. Sonntag 50 Pf.  
 Passpartouts gelten Wochentags  
 Sonntag Anf. 8 Uhr, Vorst. 9 Uhr.  
 Nachtr.: **Grosser Ball.**  
 Wochent. Anf. 7 Uhr, Vorst. 8 Uhr.

**Konzert-Sanssouci**  
 Kottbuser Strasse Nr. 4a.  
 Heute wie jeden Mittwoch:  
**Hamburger Sänger.**  
 Zum Schluss:  
**Der letzte dumme Streich**  
 Humor. Ensemble von  
 Wilh. Wolff.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.  
 Partoutkarten 20 Pf. Nachzahlung.

**Circus Busch**  
 (Bahnhof-Börse).  
 Mittwoch, den 23. Februar 1898,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Sport-Abend.**  
 Zum 1. Male: Konstantinopel von 24 Gemälden, vorgef. von Dir. Busch. Die 8 Ungarn mit ihren unübertrefflichen Bolibut-Springpferden. U. a.: a) Sprung des Bolibut-Ballards „Schipt“ über eine 7 Fuß hohe feste Barriere mit Reiter. b) Der berühmte Sandvorsprung über 3 große Pferde. Newsky-Rolostschy, gr. Quadritle, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Welsch. Lorch mit ihren großartigen itälischen Spielen zu Pferde. Freres Bergare, Leiter-Akrobaten. Außerdem Auftritte aller neu engagierten Reitmänner und Künstlerinnen sowie sämtlicher Clowns und Kugler mit ihren neuesten Späßen.  
**Zaragoza.**  
 Orig.-Mandje-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Fanfarenspieler. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt. Morgen 7 1/2 Uhr: Große brillante Vorstellung.

**Zimmerer!**  
 Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112:  
**Gr. öffentliche Versammlung**  
 der Zimmerer Berlins und Umgegend.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rechenschaftsbericht der Lohnkommission. 2. Abrechnung vom Agitations- und Unterstützungsfonds. 3. Abstimmung der in der vorigen Versammlung gestellten Resolutionen.  
 Zu dieser Versammlung haben nur Zimmerer Zutritt und werden daher am Eingang des Saales die Legitimationspapiere kontrollirt.  
 Die gedruckte Abrechnung gelangt von heute ab in unserem Bureau, Dragonerstr. 15, zur Ausgabe.  
**Die Lohnkommission.**

**Achtung! Maurer. Achtung!**  
 Donnerstag, 24. Februar, abends 8 Uhr, bei **Keller,** Koppenstraße 29:  
**Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl der Lohnkommission, der Revisoren und Beitragsamaler. 2. Schlussdebatte über die Abrechnung. 3. Festsetzung des Schlusstermins über Abkündigung der Sammelkarte vom Jahre 1897. Eventuelle Beschlußfassung über Ausgabe der Sammelkarte für dieses Jahr und Festsetzung über Beginn des Sammelns zum Streikfonds.  
**NB.** Bei Eintritt in das Versammlungslokal muß die Sammelkarte vom Jahre 1897, welche den Schlusstempel haben muß, vorgezeigt werden, dient also als Legitimation.  
 Es sind Beschlüsse von weittragender Bedeutung in dieser Versammlung zu fassen, also ersuchen wir die Kollegen recht zahlreich zu erscheinen.  
**Die Lohnkommission der Maurer Berlins u. Umg.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Sonntag, den 20. Februar, verstarb unser Mitglied, der Schmied **August Wegner.**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Buttmanstraße 9, aus nach dem Sebastian-Friedhof, Dalkdorfer Chaussee, statt. Zahlreiche Beerdigung erwartet.  
 246/10 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Berband**  
 (Verwaltungsstelle Berlin).  
**Codes-Anzeige.**  
 Am Sonntag, den 20. d. M., starb unser Mitglied, der Schmied **August Wegner.**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Buttmanstraße 9, aus nach dem katholischen Kirchhof, Dalkdorfer Chaussee, statt.  
 110/18 Um rege Beteiligung bittet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbefälle d. deutsch. Wagenbauer.**  
 Am Sonntag, den 20. d. M., verstarb nach schweren Leiden unser Mitglied  
**August Wegner**  
 im Alter von 34 Jahren.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Buttmanstraße 9, aus statt.  
 253/1 Die Ortsverwaltung Berlin, Bez. 3.  
**Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede.**  
 (Zahlstelle Berlin I.)  
 Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß am 21. d. M. unser Kollege  
**A. Jorkat**  
 verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Bergmannen aus auf dem Emmaus-Kirchhofe in Nirsdorf statt.  
 Um rege Beteiligung bittet  
 174/2 Die Ortsverwaltung.

**Karl Pfeiffer, Engel-Ufer 4a.**  
 Rechtsbureau, Gröner Weg 40 (Zurich).  
 Steuerrecht, gerichtl. Bertritte. 1900

**Kein Theater Berlins**  
 dürfte für lange Zeit hinaus in der Lage sein, seinem Publikum einen derartig hervorragenden Schöler zu bieten, wie das  
**L. Original Budapest**  
 Possen- und Operetten-Theater mit dem  
**Anton u. Donat Herrnsfeld'schen Schwanke**  
**Von Dreien der Glücklicheste**  
 Unerrlich im Sujet, imponierend an Situationswitz und effektiv an Komik und Humor. Dazu die bedeutendsten Spezialitäten mit ihrem aussergewöhnlich gutem Programm.  
**Mundt's Saal.**  
 Inh.: Ernst Gründer.  
 Köpenickerstr. 100.  
 Fernsprecher Amt VII 39.  
 Täglich: **Grosser Ball.**  
 Entree } Herren 50 Pf.  
 Tanz } Damen 25 Pf.  
 Garderobe }

**Achtung! I. Wahlkreis! Achtung!**  
 Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale von M. Mörschel, Jüdenstrasse 35/36:  
**Versammlung des Wahlvereins.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Dr. A. Bernstein** über: „Moderne Parteimethoden“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 236/2 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Zühke, Dencowitzstrasse 13:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Weltpolitik“. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse **Ewald Vogtherr.** 2. Diskussion.  
 Gäste haben Zutritt.  
 238/5 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 im „Alten Schützenhause“, Linienstrasse No. 5.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Dr. Borchardt:** Darf die praktische Arbeit im Parlament bis zur Bewältigung von Kanonen gehen? 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
 245/2 Der Vorstand.

**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**  
 Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr:  
**Große Volks-Versammlung**  
 im Lokale „Berliner Prater“, Kastanien-Allee 7/8.  
 Tages-Ordnung:  
 Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse **Wilh. Pfannkuch.** Diskussion.  
 Recht zahlreiches Erscheinen erwartet.  
 219/7 Der Vertrauensmann.

**Berliner Gewerkschafts-Kommission**  
 Freitag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokal „Louisenstädtisches Clubhaus“, Kneussstr. 16. I.:  
**Öffentliche Versammlung der Delegirten.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl von drei Ausschussmitgliedern. 2. Stellungnahme zum 1. Rat. 3. Angelegenheit der Rüstungsinstrumenten-Arbeiter. 4. Angelegenheit der Frau Gubela.  
 Die Delegirten werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
 964b Der Ausschuss. S. K.: H. Willarg.

**Neue freie Volksbühne.**  
 Sonntag, den 27. Februar 1897, nachmittags 1 1/3 Uhr, in der  
**Kultur-Schaubühne**  
 in der Igl. Hochschule f. Kunst, Goldammerstr. 130: Projektionsvorführung  
**„Moderne Malerei“.**  
 Vortragender: **Dr. Alfred Köppen.**  
**Karten à 50 Pf.** sind nur in folgenden Zahlstellen zu haben: N.: E. Dieke, Adelerstr. 123; J. Seydel, Brunnenstr. 162; E. Knapp, Grünfelderstr. 5; E. Schmidt, Trebischowstr. 22. NO.: W. Schrolle, Lindendammstr. 2. NW.: A. Schiefel, Güttenstr. 5. SW.: C. Wering, Postenstraße 32; H. Landgraf, Reuenburgerstr. 15; J. Pech, Teltowstr. 41, Hof II b. Eiler. S.: H. Bobelen, Kommandantenstr. 62; Arbeiter-Kons.-Gen. „Befreiung“, Kottbuserstr. 11. SO.: Th. Stampehl, Mariannenstr. 20; H. Köhn, Raupenstraße 83; M. Heerde, Mariannen-Ufer 2. O.: C. Quader, Waller-Theaterstr. 17; Boyer, Fruchtstr. 54. C.: H. Krüger, Seibelstr. 30. W.: J. Brühl, A. Müller, Holtenauerstr. 7. I.; E. Springer, Bülowstr. 53. III. Ruyh, IV.  
 Da mit dem 27. Februar die „Kultur-Schaubühne“ vorläufig ihre Pforten schließen muß, so dürfte Interessenten besonders gerathen sein, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen.  
 150/4  
**Achtung! Cöpenick! Achtung!**  
 Sonntag, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr,  
 im Lokale von **Adolf Schulz,** Schönerrinderstrasse No. 5:  
**Versammlung**  
 der **Färber** und **Berufsgenossen**  
 Filiale IV Berlin.  
 Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Herrn **Dr. Joel** über Chronomie 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Des interessanten Vortrags wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Gäste freundlichst willkommen.  
 197/4 Der Vorstand.